

Maria Wachter wird 100

Ein widerständiges Leben

Die Ehrenvorsitzende der VVN-BdA von NRW Maria Wachter wird 100 Jahre alt.

Am 21. April 1910 wurde sie in Düsseldorf geboren. 1930 wurde sie Mitglied der KPD, seit 1931 spielte sie in der von Wolfgang Langhoff gegründeten Agit-Prop-Gruppe »Nordwest-Ran«. Mit dieser Gruppe trat sie auch 1932 vor dem Gebäude des Industrieclubs auf, wo Hitler seinen Pakt mit der Ruhrindustrie schmiedete, um Krieg und Faschismus vorzubereiten.

Von 1933 bis 1935 war Maria Wachter im illegalen Widerstand in Düsseldorf, dann ging sie von 1935 bis 1937 auf die Lenin-

Schule in Moskau. Von 1937 bis 1939 arbeitete sie in Amsterdam für die Abschnittsleitung West der KPD und reiste in dieser Zeit immer wieder mit gefälschten Papieren nach Deutschland, um Widerstandsgruppen im Raum Bielefeld zu unterstützen.

1939 wurde Maria in Paris verhaftet und in Rieucros interniert. Nach ihrer Verhaftung durch die deutschen Besatzer wurde sie 1942 in Deutschland mit einer Zuchthausstrafe belegt, die sie erst im Zuchthaus Anrath absaß; dann wurde sie zur Zwangsarbeit in einem Rüstungsbetrieb nach Steinhagen in Westfalen gebracht. Die Befreiung im April 1945 rettete sie vor der bereits



Maria Wachter auf einer Delegiertenkonferenz der VVN-BdA in Düsseldorf im Februar 2008.

angeordneten Verbringung in das KZ Ravensbrück.

Seit Gründung der VVN ist Maria Wachter ihr aktives Mitglied. Sie nimmt bis heute regen Anteil

an der Arbeit der VVN-BdA, deren Mitglieder ihr herzlich zum Geburtstag gratulieren und voll Dankbarkeit auf ihr Wirken blicken.

U.S.

Ein halbes Jahrhundert auf dem Weg

Der Ostermarsch wird 50 und ist noch immer notwendig

»Schon einmal hat man dem deutschen Volk den Vorwurf gemacht, geschwiegen zu haben, wo mutige Worte und Taten notwendig waren. In den Konzentrationslagern – wie Bergen-Belsen – kamen Millionen Menschen ums Leben. Bei Fortsetzung der Versuchsexplosionen und der atomaren Aufrüstung aber drohen der gesamten Menschheit Vernichtung.« So beginnt der Aufruf zum ersten deutschen Ostermarsch der Atomwaffengegner, der vor 50 Jahren, am 15. April, von Hamburg und anderen Städten zum Raketenübungsplatz Bergen-Hohne führte. Leider müssen wir heute feststellen: Der Aufruf von 1960 ist noch immer aktuell.

Am ersten Oster-Protest gegen das atomare Wettrüsten nahmen rund 1000 Arbeiter, Angestellte, Künstler und Geistliche, Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen und Pazifisten teil, darunter viele Jugendliche. Mit dieser Aktion entstand auch in der Bundesrepublik nach dem Vorbild der englischen Atomkriegsgegner die Ostermarsch-Bewegung als neue wirksame Kampfform gegen die Atom-

aufrüstung. Ihre Aussagen waren nicht nur gegen »die Bombe«, sondern auch – siehe oben – gegen die Wiederholung deutscher Katastrophen gerichtet. Zudem kamen bald weitere konkrete Aussagen hinzu, so dass sich die Ostermarschbewegung bald Kampagne für Demokratie und Abrüstung nannte. Es ging gegen das atomare und konventionelle Wettrüsten, gegen den Krieg der USA in Vietnam und um die Demokratie, denn es drohten die Notstandsgesetze und damit der Einsatz der Bundeswehr im Innern zur Beseitigung demokratischer Errungenschaften, wie z.B. das Streikrecht. Ab 1982 gab es einen neuen inhaltlichen Schwerpunkt: Die Ostermarschierer waren wieder dabei, als es hieß: »Keine neuen Atomraketen in unserem Land.«

Die Ostermärsche wurden vom zweiten Marsch an u.a. von bekannten Persönlichkeiten als Kuratorium vorbereitet und unterstützt, so Schriftsteller Stefan Andres; Komponist Benjamin Britten; Domherr John Collins; Prof. Dr. Helmut Gollwitzer; Intendant Heinz Hilpert; Schriftsteller Dr. Robert Jungk; Dezentern im Landesjugendamt Hessen, Dr. Arno Klönne; Nobelpreisträger Earl

Bertrand Russell; Studentenpfarrer Martin Schröter. Koordinator war bis 1964 der Hamburger Lehrer Konrad Tempel.

Während die SPD – inzwischen auf NATO- und Hochrüstungskurs gegangen – sich von den Ostermärschen fernhielt und die ihr nahestehenden Jugendorganisationen (Juso und Falken) aus der Ostermarschbewegung abzog, kamen immer mehr Gewerkschafter und Kirchenvertreter hinzu, darunter Kirchenpräsident Martin Niemöller, Ehrenpräsidiumsmitglied der VVN-BdA, und auch Erich Kästner. Sodann Organisationen wie Naturfreundejugend, IG Metall mit rund 300 Jugendfunktionären, Internationale der Kriegsdienstgegner (IDK), Vereinigung der Kriegsdienstgegner (VK) und Deutsche Friedens-Union.

Mit wechselnden Beteiligungen und auch bei zeitweiligen Unterbrechungen hat die Ostermarschbewegung sich nunmehr 50 Jahre lang gehalten. Geheimnis des Erfolges war, so Prof. Andreas Buro, einer der Mitgestalter des ersten Marsches: Es gab in allen Städten Friedensgruppen, die bestens organisiert waren und schnell reagieren konnten. Diese brauchen wir auch heute.

Ulrich Sander

Auswahl von Veranstaltungen 50 Jahre Ostermarsch

**Samstag, 13. März, 14 Uhr
Leverkusen, Karl-Liebknecht-Schule am Stadtgarten**

mit W. Hoffmeister, C. Koberg, U. Merz, E. Weber, F. Werkmeister u. a. m. Anmeldungen unter (02 14) 4 54 18.

**Sonntag, 28. März, ab 11 Uhr
Kassel, Gloria-Kino**

Bundesweite Veranstaltung von Infostelle Ostermarsch und Bundesausschuss Friedensratschlag, u.a. mit A. Buro, E. Weber, H. Bethge, W. Hoffmeister und P. Strutynski. Dazu kommt eine Menge Kultur.

**Dienstag, 30. März
Hamburg, CVJM-Haus,
An der Alster 40**

Film- und Podiumsveranstaltung mit Horst Bethge, ferner Günther Lübcke (ehem. Vorstand der Vereinigung der Kriegsdienstgegner), Walter Wilken (vom ehem. Aktionskreis für Gewaltlosigkeit, jetzt LINKE), Wolfgang Kirstein u. a.

»Was damals Recht war...«
Ausstellung in Potsdam

Vom 3. März bis 7. April 2010 wird in den Bahnhofs-
passagen Potsdam in Koope-
ration mit dem Verein zur För-
derung antimilitaristischer
Traditionen in der Stadt Pots-
dam und mit Unterstützung
der VVN-BdA Land Brande-
nburg die Wanderausstellung
der Stiftung Denkmal der er-
mordeten Juden Europas
»Was damals Recht war... –
Soldaten und Zivilisten vor
Gerichten der Wehrmacht«
gezeigt.

**Ausstellungseröffnung
und Begleitprogramm**

**Montag, 8. März, 15 Uhr und
Dienstag, 9. März, 11 Uhr
Zum Tode verurteilt**
Der Wehrmachtsdeserteur
Ludwig Baumann berichtet
Schülern als Zeitzeuge

**Mittwoch, 10. März, 19 Uhr
Wehrmachtsjustiz im »Dritten
Reich«: Herrschaftsinstrument
einer Kriegsgesellschaft**
Vortrag von
PD Dr. Christoph Rass, Aachen

**Mittwoch, 17. März, 19 Uhr
Frühe Selbstentlastung der
Wehrmachtrichter – späte
Rehabilitierung der Opfer.**
Phasen der Aufarbeitung
Vortrag von Prof. Dr.
Wolfram Wette, Freiburg

**Mittwoch, 24. März, 19 Uhr
Die Umsetzung von Urteilen
der Wehrmachtsjustiz in der
Region Brandenburg**
Vortrag von
Dr. Almuth Püschel, Potsdam

**Führungen durch die Ausstellung
sind für angemeldete Gruppen
möglich. Anmeldungen nimmt der
Verein zur Förderung antimilitaristi-
scher Traditionen in der Stadt Pots-
dam e.V. telefonisch, per Fax oder
E-Mail entgegen:**
Tel. (03 31) 270 24 26
(Büro Dr. Jörg Kwapis)
Fax (03 31) 550 87 42
E-Mail:
kontakt@antimilitaristischer-
foerdereverein.de

Änderungen in Sicht?

Zossener Verhältnisse

**Zossen ist eine Kleinstadt am
Südrand des Berliner Speckgür-
tels. In den letzten Jahren hat
sich hier mit den »Freien Kräften
Teltow-Fläming« eine militante
Nazigruppe etabliert, die dem
Spektrum der Autonomen Natio-
nalisten zuzurechnen ist und ei-
nen aggressiven Antisemitis-
mus pflegt.**

Nicht ohne Grund stieß es in den
Nazikreisen auf besondere Genug-
tung, dass mit dem Zossener
»Haus der Demokratie« eine Aus-
stellung über jüdisches Leben in
Zossen verbrannte.

Bisher stießen die Nazis auf we-
nig Widerstand seitens Stadt, Poli-
zei und Bevölkerung. Insbesonde-
re die Bürgermeisterin, die nichts
gegen Nazis unternehmen will,
wenn es nicht auch gegen Linksex-

tremisten geht, und die Polizei, die
gegenüber rechten Straftaten wie
der Holocaustleugnung besonders
liberal auftritt, fallen hier auf.

Seit dem Brandanschlag auf das
»Haus der Demokratie« und das
skandalöse Verhalten von Polizei
und Stadt am 27. Januar (siehe den
Text von Hans Coppi auf der Ber-
lin-Seite) sind die Zossener Ver-
hältnisse einer größeren Öffent-
lichkeit bekannt geworden. Damit
besteht zum ersten Mal die Chan-
ce, die Gegebenheiten in Zossen zu
verändern. Denn eine Änderung
der Zustände in Zossen setzt unter
diesen Gegebenheiten voraus, dass
diese öffentlich skandalisiert wer-
den. Dies geschieht gerade, soweit
es sich um polizeiliches Fehlver-
halten und den Antiextremismus
der Bürgermeisterin und der Stadt-
verwaltung handelt.

Problematisch wird es jedoch,
wenn es um eine Analyse dessen
geht, was seitens der Nazis in Zos-
sen geschieht. Hier ist die Antifa
gefragt, denn bei allem lobenswer-
ten Engagement sind die zivilge-
sellschaftlich engagierten Bürge-
rinnen und Bürger vor Ort doch
theoretisch nicht in der Lage, dass
neonazistische Problem und die
Bedeutung des Antisemitismus für
den modernen »rebellischen« Neo-
nazismus analytisch zu fassen, und
sie sind nicht in der Position, wo sie
es sich leisten könnten oder woll-
ten, nach außen als »Nestbe-
schmutzer« aufzutreten – schon
weil die regelmäßigen Todesdro-
hungen gegen zivilgesellschaftlich
Aktive seit dem Brandanschlag
erst recht nichts an ihrer Glaubwür-
digkeit eingebüßt haben.

H.P.

»Wir wollen versuchen, Fragen zu stellen ...« In Erinnerung an unseren Freund Willi Frohwein (1923–2009)

**Unser Freund, der Antifaschist
und Überlebende mehrerer Kon-
zentrationen Willi Frohwein
verstarb am 12. Dezember
2009 in seiner Wohnung in Ba-
belsberg. Bis zuletzt war er poli-
tisch aktiv, unermüdlich unter-
wegs, um sich den Fragen von
jungen Menschen zu stellen, un-
ermüdlich dabei, Einspruch zu
erheben, Unruhe zu stiften. Sei-
ne menschliche, einfühlsame
und humorvolle Art, seine Sym-
pathie und Offenheit, die er an-
deren entgegen brachte, hat
viele berührt.**

der Antifaschistinnen und Antifa-
schisten (VVN-BdA).



Willi Frohwein (1923 - 2009).

weitergetragen werden könne, ver-
trat er folgende Ansicht: »Wenn
derjenige, der das macht [erzählt],
emotional selber berührend ist,
kann er es auch wiedergeben, ja.
Natürlich ist das Wissenschaftli-
che »ne Sache. Aber wissen-
schaftlich ... von hier kommst du
nicht nach hier.« Willi zeigte mit
der Hand von seinem Kopf zu sei-
nem Bauch. »Aber«, und er zeigte
in die umgekehrte Richtung, »von
hier kommst du nach da. Darum
habe ich ja gesagt: »Du musst ans
Herz, dann macht der Kopf schon
weiter.«

M.P.

**Ein Nachruf auf Willi Frohwein steht auf
der Homepage der VVN-BdA Brande-
nburg. Zudem: Willi Frohwein. Von Span-
dau nach Auschwitz, hg. von M. Auener
und U. Hofschläger – Jugendgeschichts-
werkstatt Spandau, Berlin 2002.**

Redaktion und V.i.S.d.P.:
Landesvorstand VVN-BdA Brandenburg
Jägerstr. 36, 14467 Potsdam,
Fax: (03 31) 2 80 58 81
E-Mail: vvn-bbg@gmx.de
www.brandenburg.vvn-bda.de
Unser Spendenkonto: GLS Bank,
BLZ 430 609 67, Konto 1102 861 500

Erinnerung an 65. Jahrestag der Befreiung

Erinnerung an Programm des deutschen Widerstandes

Selbst gestandene Friedensfreundinnen und -freunde beteiligen sich an der Geschichtsent-sorgung, wenn sie »Wehrpflicht« und »Landesverteidigung« als Selbstverständlichkeiten ansehen. Gegen den neuen deutschen Militarismus, aber auch gegen diese weit verbreitete Kurzsichtigkeit hat Ulrich Sander eine lehrreiche Broschüre mit dem Titel »Dichtung und Wahrheit in www und linken Medien – Über den antifaschistischen und antimilitaristischen Konsens« zusammengestellt.



Eine vergessene Biografie Max Reimanns wird darin wieder vorgelegt. Max Reimann war KPD-Politiker und Mitglied im Gründungsvorstand der VVN in NRW. Er hat das Grundgesetz mitformuliert, dann aber nicht unterschrieben, weil es für ihn die Spaltung Deutschlands bedeutete. Er sagte damals, es werde eine Zeit kommen, da Leute wie er das Grundgesetz gegen die Verfassungsfeinde – etwa der CDU – verteidigen werden. Daran hat er sich gehalten.

Mit Hilfe einer Chronologie von Günter Judick aus Velbert wird ein Blick zurück gerichtet in die spannendste Periode deutscher Geschichte, die zugleich am stärksten im öffentlichen Bewusstsein verdrängt wurde: Die Jahre unmittelbar nach der Befreiung von Faschismus und Krieg. »Schwerver zu Pflugscharen« und nicht »Remilitarisierung« war die Lehre aus dem faschistischen Menschheitsverbrechen, das die Industriellen an Rhein und Ruhr und die Finanzwelt gefördert hatten und von dem sie profitierten.

Wußtest Du schon – so fragten früher die Schulbücher.

▼ Wußtest Du schon, dass es 1945 unter allen politischen Kräften im Land Einigkeit darüber gab, dass sich Deutschland nie wieder an einem Krieg beteiligen dürfe?

▼ Wußtest Du schon, dass ein sehr bekannter deutscher Politiker damals sagte: »Demjenigen Deutschen, der noch einmal eine Waffe in die Hand nimmt, soll der Arm abfallen.« Es war der

Geschenk der UdSSR: Das Original aus Bronzesteht seit 1959 vor der UNO in New York.

spätere Atom- und Kriegsminister Franz-Josef Strauß.

▼ Wußtest Du schon, dass der Grundgesetzartikel zur Kriegsdienstverweigerung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) zu verdanken ist? Das Grundgesetz in der Fassung von 1949 regelt zwar die Kriegsdienstverweigerung, aber nicht den Kriegsdienst. Der wurde erst 1956 ins Grundgesetz geschrieben – nach heftigen Protesten.

▼ Wußtest Du schon, dass nunmehr die ehemaligen Bundeswehrsoldaten als Reservisten bis zum 60. Lebensjahr zum Bund geholt werden können, zu Einsätzen im Innern wie Äußeren? Es gehörte zu den Traditionen der Arbeiterbewegung, gegen militärische Zwangsdienste zu wirken. Denn es wurde sehr oft davon Gebrauch gemacht, Soldaten als Streikbrecher und brutale Zusatzpolizei gegen die Interessen der Arbeiter einzusetzen. So etwas kann wieder geschehen.

Denn die Militarisierung aller Bereiche der Innen- und Außenpolitik zulasten der sozialen Demokratie steht seit geraumer Zeit ganz oben auf der Agenda von Regierenden.

So wurde ziemlich geräuschlos in NRW ein Kooperationsabkommen Bundeswehr/Schulen mit der Landesregierung abgeschlossen,

dass es Bundeswehr-Referenten ermöglicht, die Schülerinnen und Schüler künftig über die spezielle Sicht des Militärs zum Thema Sicherheit und Friedenssicherung durch weltweite Kriegseinsätze zu »belehren«.

Diejenigen, die darin keine neue Qualität zu entdecken vermögen, weil ja auch bisher schon für die Wehrpflicht geworben werden konnte, übersehen gleich zwei wesentliche Punkte. Erstens wurde die Wehrpflicht, wie Sander in der Broschüre

anhand des Kampfes gegen die Remilitarisierung nacherleben lässt, gegen eine antimilitaristische Grundstimmung der Bevölkerung durchgesetzt. Und nun, nachdem das alles (fast) vergessen ist, wird der nächste Eskalationsschritt eingeübt, die Schüler über die Landesverteidigung hinaus für weltweite Kriegseinsätze zu gewinnen, die natürlich als unumgängliche »friedenssichernde Maßnahmen« dargestellt werden. Bekanntlich ist eine stabile Zweidrittelmehrheit der Bevölkerung für den Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Werden künftig Jugendliche ihre Eltern über die Notwendigkeit von Kriegen gegen internationale Feinde der Menschheit belehren? Hatten wir das nicht schon einmal?

»Die sich der Geschichte nicht erinnern, sind dazu verurteilt, sie noch einmal zu erleben.« findet sich auf einer Tafel in der Gedenkstätte des Konzentrationslagers Dachau. Der Ursprung der Forderung »Nie wieder Krieg« muss wieder in das kollektive Bewusstsein zurückgeholt werden. Dazu hat Ulrich Sander mit seiner neuen Broschüre einen Beitrag geleistet. Er konnte nur Streiflichter bieten. Aber das Gebotene ist beachtlich und lesenswert.

Das alles sind Gründe genug, endlich den 8. Mai, den Tag der Befreiung Deutschlands, Europas und der Welt vom Hitlerfaschismus zum Feiertag zu erklären.

Dietrich Schulze

Erklärung von Ulla Jelpke MdB

Bundeswehr raus aus den Schulen!

Über 400 000 Jugendliche sind im vorigen Jahr in der Schule von Offizieren der Bundeswehr beeinflusst worden. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE hervor (BT-Drs. 17/502).

Jugendoffiziere der Bundeswehr haben demnach mit Vorträgen und Diskussionen über 113 000 Schülerinnen und Schüler erreicht. So genannte Wehrdienstberater, also Rekrutierungsoffiziere, haben im Jahr 2009 über 1.160 Vorträge an Schulen gehalten – vor rund 290 000 Jugendlichen. Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DieLinke, erklärt dazu:

»Die Bundeswehr-Offiziere schildern den Jugendlichen die Militärpolitik der Bundesregierung, stellen den Afghanistan-Krieg als legitim dar und schildern die vermeintlichen Vorzüge des Arbeitgebers Bundeswehr, um sie dazu zu veranlassen, sich als Zeitsoldaten zu bewerben. Dass diese einseitige Indoktrination als Unterricht gilt, ist völlig unverständlich. Schulen müssen Bildungsstätten bleiben und dürfen nicht als Rekrutierungsanstalten für das Militär missbraucht werden.« Zu fordern ist, Jugendoffiziere und Wehrdienstberater aus Schulen abzuziehen.

Die Dokumentation von Ulrich Sander »Dichtung und Wahrheit in www und linken Medien – Über den antifaschistischen und antimilitaristischen Konsens – Vergessene Biografie Max Reimanns wieder vorgelegt«, Februar 2010, kann im Internet herunter geladen werden: www.vvn-bda.de siehe Broschüren und http://nrv.vvn-bda.de/bilder/dichtung_und_wahrheit_in_www_und_linken_medien.pdf

**Gerd Deumlich als Zeitzeuge
»Als der Staat rot sah«**

**Dienstag, 16. März 2010,
19.30 Uhr im »Linken Zentrum«, Corneliusstraße 108:
»Als der Staat rot sah...!« lautet der Titel eines verdienstvollen, im WDR ausgestrahlten Films über die hunderttausendfache Verfolgung von Demokraten, Kommunisten und Friedenskämpfern in den 50er- und 60er-Jahren.**

Sie hatten sich unter anderem aus ihrer Erfahrung aus dem Faschismus gegen die Wiederbewaffnung und Restaurierung kapitalistischer Verhältnisse engagiert und wurden dafür in der Adenauer-Ära der 50iger- und 60iger-Jahre verfolgt, kriminalisiert und mit Berufsverbot und Gefängnis bestraft.

Als Folge des KPD-Verbetes wurde auf der Grundlage eines bereits seit 1951 bestehenden »Strafrechtsänderungsgesetzes« ein grundgesetzwidriges, flächendeckendes Netz von politischen Sonderstrafkammern geschaffen. Die wirkten so eifrig, dass der spätere Bundesinnenminister Maihofer angesichts von bis dahin durchgeführten 250 000 Ermittlungsverfahren und 6000 Verurteilungen von Zahlen sprach, »die einem Polizeistaat alle Ehre machen«.

In diesem Film kommt auch der Düsseldorfer Antifaschist Jupp Angenfort zu Wort und berichtet von seinen Erfahrungen.

Der Referent Gerd Deumlich, inzwischen 80 Jahre alt und langjähriger Aktivist der VVN-BdA, berichtet als Zeitzeuge von den damaligen Kämpfen, über das KPD-Verbot und die Zeit der Illegalität bis zur Neugründung der DKP. Eine gemeinsame Veranstaltung der VVN-BdA mit den antifaschistischen Fußballfans von Fortuna Düsseldorf.

Redaktion: Ulrich Sander
Landesbüro der VVN-BdA NRW,
Gathe 55, 42107 Wuppertal,
Tel.: (02 02) 45 06 29
Unser Spendenkonto: Pbk Essen,
Konto 28 212-435, BLZ 360 100 43

Zum Beispiel der Fall Achenbach

Erinnerung an die braune Vergangenheit des FDP-Personals

Es gibt bundesweit beinahe 20 000 Stolpersteine für die Opfer, Tagungen zur Erforschung der Rolle der KZ-Wächter und ähnliches. Aber der Gedanke von Ignaz Bubis – im Rahmen der Debatte um die Entschädigung der Zwangsarbeiter ausgesprochen – wurde nie ernsthaft befolgt: Auch die Rolle der Wirtschaft zu beleuchten.

Dabei gibt besonders in NRW und besonders hinsichtlich der FDP auf diesem Gebiet viel zu tun. Die VVN-BdA startete eine Spurensuche »Verbrechen der Wirtschaft 1933-1945«.

Erinnerungstafeln sollten, so beschloss die VVN-BdA NRW, beispielsweise bei der Fa. Busch-Jäger in Lüdenscheid angebracht werden, die zum Quandt-Konzern gehörte und von wo aus noch nach 1945 der Goebbels-Nachfolger Dr. Werner Naumann die Fäden zu al-

Verbrechen der Wirtschaft

ten und neuen Nazigruppen spann und dabei besonders mit der FDP zusammenarbeitete. Nun hat die VVN-BdA eine besonders markante Stelle benannt, an der eine irgendwie auch aktuelle Tafel angebracht werden soll. In einem Antrag heißt es: »Es wird beim Rat der

Stadt Essen beantragt: An der Geschäftsstelle der FDP in der Seidlstr. in Essen wird eine Mahntafel angebracht mit einem Text, der darauf hinweist, dass in der Nachkriegs-FDP in Essen Dr. Ernst Achenbach eine bedeutende Rolle als Parteivorsitzender, als Bundestags- und Landtagsabgeordneter gespielt hat. Bei Ernst Achenbach

handelte es sich um den Geschäftsführer der »Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft« und Mitwirkenden an der Deportation französischer Juden in die Vernichtungslager der Nazis. In der FDP wirkte er dafür, dass in ihr führende Nazis mitwirken durften und dass die NS-Verbrecher straffrei blieben.« U.S.

Von März bis September Antifa-Termine für Nordrhein-Westfalen

19. bis 21. März in Essen
Internationaler Kongress »Friedenskultur und Friedensmatinee«, veranstaltet von DFG-VK und anderen.

20. März in Essen
Demonstration »Wir zahlen nicht für Eure Krise. Profiteure zur Kasse.«

1. bis 3. April in Dortmund, Lünen und Lippestadt
Gedenken an die Opfer der Karfreitagmorde 1945. 50 Jahre Internationales Rombergparkkomitee und 50 Jahre Mahnmal in der Dortmunder Bittermark.

3. bis 5. April
Ostermarsch an Rhein und Ruhr

18. Juli – RUHR.2010 – von Dortmund bis Duisburg
»Still-Leben Ruhrschnellweg« – eine 60 Kilometer lange Tafel der Kulturen. VVN-BdA nimmt teil.

4. September
Aktion Blumen für Stuckenbrock, Aktionen gegen die Nazis, die nach Dortmund kommen wollen.

28. September in Hemer
Auf der Landesgartenschau soll das bisher größte deutsche Reservistentreffen stattfinden. Dies auf dem Gelände des ehemaligen Stalag VI A, wo 25 000 sowjetische Kriegsgefangene ermordet wurden. Wir protestieren!

Duisburg stellt sich quer

Aufruf gegen den Sternmarsch von Pro NRW und NPD

Duisburg stellt sich quer – so heißt es am 27./28. März 2010 wenn NPD und Pro NRW provozieren. Die rechtspopulistische Partei Pro-NRW und die faschistische NPD kündigen an, Aufmärsche gegen die Duisburger Merkez-Moschee durchzuführen.

Pro-NRW und NPD wollen wie in der Schweiz ein Minarettverbot durchsetzen. RassistInnen und NeofaschistInnen aus ganz Europa sind zu ihren Aufmärschen bereits

eingeladen. In einem Aufruf heißt es: »Wir stellen uns dem entgegen. Die rassistische Hetze von Pro-NRW und NPD zielt darauf ab, die Vorurteile und Ängste gegenüber Menschen islamischen Glaubens für ihre Ziele zu nutzen. Dabei greifen sie eine antiislamische Debatte auf, welche aus der Mitte der Gesellschaft angestossen wird. Während die NPD offen nationalitisch und rassistisch auftritt, versucht Pro-NRW nach außen den bürgerlichen Schein zu wahren. Sie

entlarvten sich jedoch selbst durch Personen in der Führungsriege, die eine einschlägige faschistische Vergangenheit haben.«

... »In diesem Jahr wollen wir wie in Jena, Köln und Berlin bereits erfolgreich durchgesetzt, auch in Duisburg durch Aktionen des zivilen Ungehorsam mit Massenblockaden den Nazis entgegen stellen und sie blockieren. Dieses Ziel eint uns über alle sozialen, politischen oder kulturellen Unterschiede hinweg.«

Protest gegen ein Bundeswehrkonzert in Düsseldorf

Mit Pauken und Trompeten in den Tod

Am 10. Februar haben etwa 100 Menschen lautstark gegen das »traditionelle Neujahrskonzert des Heeresmusikregiments 300 Koblenz« unter der Schirmherrschaft von OB Dirk Elbers (CDU) in der Düsseldorfer Tonhalle demonstriert.



Bild: Arbeiterfotografie

Zu dieser Kundgebung hatte das »Aktionsbündnis gegen Militarismus und Krieg Düsseldorf« (AMK) eingeladen. In einer Erklärung heiße es: »Die Demonstrantinnen und Demonstranten forderten den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Täglich sterben Menschen in Afghanistan, immer öfter auch durch deutsche Kugeln und Bomben. Ein Ende ist nicht in Sicht. Eine weitere Aufstockung des Bundeswehrkontingents wurde jüngst beschlossen. Der Hintergrund und die Auswirkungen dieses Angriffskriegs wird durch Bezeichnungen wie »Krieg gegen den Terror« oder »humanitäre Intervention« verschleiert. In

diesen Kriegen geht es um die Verteidigung deutscher Kapital- und geostrategischer Interessen. Wir, das »Aktionsbündnis gegen Militarismus und Krieg Düsseldorf«, sind ein Zusammenschluss verschiedener linker Gruppen und Einzelpersonen mit dem Ziel, der vermehrten Kriegspropaganda in der Öffentlichkeit etwas entgegen zu setzen. Immer da, wo die Bundeswehr oder ihre Think-Tanks auftreten, stören wir ihr Treiben mit unserem Protest. Wir schauen nicht tatenlos zu, wie die Bundeswehr die Werbetrommel für ihre Kriege rührt, ob an Schulen, Uni's, auf Berufsmessen oder in den Arbeitsagenturen.«

Wie weiter nach Dresden?

Antifa-Landeskonferenz tagte in Duisburg

Unter dem Motto »**Internationale Solidarität – Gegen nationalen Kleingeist**« die 29. Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen aus NRW im Internationalen Zentrum in Duisburg statt.

Am Samstag, 27. Februar, berieten sich dort Vertreter von mehr als 60 Initiativen aus NRW. Die Aufmärsche von Pro NRW und NPD vom 27./28. März 2010 sollen mit starkem Engagement verhindert werden. Der Erfolg von Dresden wur-

de als großer Antrieb angesehen. Dies auch mit Blick auf den 4. September in Dortmund.

Die Veranstalter, die Koordinierungsgruppe antifaschistischer Initiativen und Organisationen in NRW mit besonderer Unterstützung der VVN-BdA Landesorganisation NRW, des Duisburger Netzwerkes gegen Rechts, des Bündnisses »Dortmund stellt sich quer«, wollten damit im Landtagswahlkampf Akzente setzen.

Bericht siehe www.nrw.vvn-bda.de

Gegen Krieg und Atomwaffen

Ostermarsch im 50. Jahr

»**Ostermarsch im 50. Jahr: Atomwaffen abschaffen, Afghanistankrieg beenden.**« Unter diesem Motto geht es an Rhein und Ruhr zu Ostern wieder auf die Straße, so in Düsseldorf, Essen, Bochum und Dortmund. 1960 gab es den ersten Ostermarsch in Deutschland und daran wird in diesem Jahr erinnert.

Ostermarschierer der ersten Stunde, wie der ehemalige Landesvorsitzende der DFG-VK NRW, Alois Stoff, reden auf den Kundgebun-

gen, ebenso Friedensaktivistinnen aus Großbritannien, Geburtsland der Märsche. Ausstellungen rufen die ersten Parolen in Erinnerung. Damals wie heute ist die Abschaffung der Atomwaffen zentrale Forderung. Daneben wird das Nein zum Einsatz in Afghanistan Motivation für viele Menschen sein. Bei der DFG-VK NRW können in Kürze Plakate, Zeitungen und Buttons bestellt werden. Die VVN-BdA ruft zum Ostermarsch auf.

Infos unter www.ostermarsch-ruhr.de

HESSEN

CDU-Landespolitiker schürt Anti-Islamismus

Minarettverbotskampagne der Schweiz als Vorbild

Hans Jürgen Irmer, schon mehrfach mit rassistischen Sprüchen als Rechtsaußen der hessischen CDU aufgefallen, hat mal wieder sein Werbeblatt »Wetzlarer Kurier« dazu missbraucht, um Anti-Islamismus zu schüren.

Unter der bezeichnenden Überschrift »Danke Schweiz« verteidigte er nicht nur die dortige Entscheidung für ein Minarett-Verbot, sondern verstieg sich auch noch zu den pauschalen Vorwürfen: »Beim Thema Islam fallen einem Begriffe wie Ehrenmorde, Zwangsehen... und Christenverfolgung ein.« Er ging soweit, die Anerkennung des

Christentums als Grundlage unserer Gesellschaft von all denen zu verlangen, »die hierher kommen« - eine Anforderung, die selbst nur ein Bruchteil der hier lebenden Bevölkerung im Alltag umsetzt.

Da Irmer aber kein x-beliebiger Politiker ist, sondern bildungspolitischer Sprecher der hessischen CDU-Fraktion, fand diese Provokation Ende Januar auch den Weg in den Landtag. Dort forderte die Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE Janine Wissler die CDU auf, »sich von diesen Äußerungen zu distanzieren, weil Hassprediger wie Hans Jürgen Irmer das Klima in diesem Land vergiften.« Der

Grünen-Fraktionsvorsitzende Tarek Al-Wazir kritisierte, dass Irmer mit seinen Thesen bewusst Ängste in der Bevölkerung schüre. Die SPD sah in diesen Thesen sogar den Versuch, das elementare Grund- und Menschenrecht der

CDU-Politiker als Hassprediger

Religionsfreiheit einzuschränken.

Selbst der FDP-Abgeordnete Hans Christian Mick kritisierte Irmer: »Die überwältigende Mehrheit der Muslime sind keine Islamisten – 80 Prozent der Muslime sind

nicht einmal organisiert. Aber sie fühlen sich zu Recht beleidigt, wenn sie undifferenziert mit Extremisten in einen Topf geworfen werden. Ich als Deutscher fühle mich auch beleidigt, wenn jemand behauptet, alle Deutschen seien Rassisten.«

Einzig Minister Jörg Uwe Hahn (FDP) und die CDU-Fraktion reagierten pflichtgemäß empört. Der Begriff »Hassprediger« sei ehrenrührig und man kenne Irmer, so Rolf Müller (CDU), als einen »kompetenten, fleißigen, engagierten und streitbaren Kollegen« und man könne es nicht zulassen, (Fortsetzung auf Seite 6)

DGB-Senioren erinnern an Auschwitz-Monowitz

Gedenken am 27. Januar

Anlässlich des Gedenktages zum 27. Januar fanden in Hessen im ganzen Land zahlreiche Gedenk- und Erinnerungsveranstaltungen statt. In Kassel führten das Kasseler Friedensforum und die VVN-BdA ein kurzes Gedenken am Mahnmahl für die Opfer des Faschismus am Weinberg durch. Dr. Peter Strutynski erinnerte an die UNO-Resolution, die dieses Datum zu einem weltweiten Gedenktag erklärte. Sylvia Gingold zitierte aus den Erinnerungen ihres Vaters, dass die wichtigste Lehre aus dem Faschismus die Einigkeit aller Antifaschisten sein müsse.

In Frankfurt luden die DGB-Senioren anlässlich dieses Tages zu einem Vortrag über das KZ Auschwitz-Monowitz ins Gewerkschaftshaus ein. Obwohl an diesem Tag von einer studentischen Initiative auf dem IG-Farben-Campus und von den Vertretern der Sinti und Roma an der Paulskirche weitere Veranstaltungen stattfanden,

waren knapp 50 Gäste der Einladung gefolgt und wollten sich über die Geschichte und den Umgang mit der Erinnerung informieren lassen. Eingeladen als Referent war der Kasseler Historiker Ulrich Schneider, der schon in seiner Begrüßung auf den engen Bezug Frankfurts zu diesem Thema hinwies.

Hier befand sich der Sitz des IG Farben-Konzerns, in dieser Stadt fand 1963 – 1965 der Auschwitz-Prozess statt und vor mehr als 16 Jahren führten VVN-BdA und andere Partner in Frankfurt ein Sym-

Auseinandersetzung mit IG Farben

posium zum Thema Auschwitz durch, bei dem zahlreiche Fakten präsentiert wurden, die bis heute Gültigkeit haben. Nicht zuletzt die öffentlichen Auseinandersetzungen um die Aktionärsversammlung der »IG-Farben AG in Abwicklung«, die viele Jahre in Frankfurt



Immer wieder wurde in den vergangenen Jahren gegen die wiederholte Aktionärsversammlung der IG-Farben »in Abwicklung« protestiert.

getagt hatte, unterstrich die Bedeutung des Themas für die Frankfurter Gewerkschafter.

Während in der öffentlichen Wahrnehmung die Massenvernichtung in Auschwitz-Birkenau im Zentrum steht, stellte der schon 1940 geplante Lagerteil Auschwitz III (Monowitz) das Modellbeispiel für die faschistische Politik der »Vernichtung durch Arbeit« dar. Der Aufbau dieses Lagers war der sichtbare Ausdruck einer bewussten Arbeitsteilung zwischen dem IG Farben-Konzern und der SS oder auch Ausdruck einer »segensreichen Freundschaft« (Otto Ambros, IG Farben). Dabei dominierte die betriebswirtschaftlichen Planungen des größten deutschen Konzerns, den man schon in der Weimarer Zeit als »IG Deutsch-

35 000 Häftlingen wurden als Arbeitsklaven für die Interessen der IG Farben ermordet.

Diese Verbrechen wurden 1947/48 im IG-Farben-Prozess (Prozess Nr. 6) hinreichend dokumentiert, dennoch wurden die Verantwortlichen der Konzernspitze nicht angemessen zur Rechenschaft gezogen. Auch im Frankfurter Auschwitz-Prozess kam dieser Teil der Vernichtungspolitik nicht zu Wort.

Es war insbesondere den ehemaligen Verfolgten und Widerstandskämpfern Hans Frankenthal und Peter Gingold zu verdanken, dass diese Themen beginnend Ende der 80er Jahre auf die politische Tagesordnung kamen und öffentlicher Protest gegen die »Blutaktionäre« möglich wurde. Damit bildete diese Veranstaltung der Frankfurter DGB-Senioren auch eine Hommage an diese beiden Antifaschisten.

In der Diskussion wies Horst Koch-Panzner (DGB Region) darauf hin, dass auch in diesem Sommer der DGB wieder ein Seminar in der KZ-Gedenkstätte Buchenwald anbietet, bei dem es um das Thema »Vernichtung durch Arbeit« gehen wird.

CDU-Landespolitiker schürt Anti-Islamismus

(Fortsetzung von Seite 5)

dass er ausgerechnet von »Neokommunisten der Linkspartei« diffamiert werde. Über den Skandal der Anti-Islam-Hetze sagt er nichts.

Man gewinnt den Eindruck, dass die CDU – wie schon vor einigen Jahren mit ihrer ausländerfeindlichen Kampagne vor der damaligen Landtagswahl – ganz bewusst ideologischen »Kettenhunden« in ihren Reihen mehr Raum gibt, um das Spektrum auf der politischen Rechten abzugrasen. Und die Folge ist, dass sich Neofaschisten in jeder Hinsicht bestätigt fühlen. Der hessische NPD-Landesvorsitzende Jörg Krebs warf in einer Stellungnahme der CDU-Fraktion vor, dass sie sich nicht offener für Irmers Position eingesetzt habe, und stellte

die scheinheilige Frage, »ob er (Irmers, d. Verf.) wirklich der richtigen Partei angehört.« Und tatsächlich passt Irmers »Danke Schweiz« bruchlos zur NPD, die unter dem gleichen Motto ein Plakat für eine Kampagne zum Minarett-Verbot in Deutschland herausgegeben hat.

Dieses Beispiel zeigt erneut, dass sich Antifaschistinnen und Antifaschisten in Hessen auch zukünftig auf rechtspopulistische Kampagnen der CDU einstellen müssen, die »Steilvorlagen« für die NPD liefern. Im Unterschied zu früheren Kampagnen melden sich jedoch heute antifaschistische Kräfte auch im Hessischen Landtag zu Wort und unterstützen den antirassistischen Protest.

Bernd Kant

Milder Umgang mit den Tätern

land« bezeichnete, die Entscheidungen der SS. Sie hat sich nach den Vorgaben des Konzerns als »Arbeitskräftelieferant« betätigt. Die SS garantierte, dass der Konzern für seine Profitmaximierung und für die Erfüllung der Kriegsproduktion hinreichendes »Menschenmaterial« bekam. Dass es dabei nicht auf ausreichende Arbeits- und Lebensbedingungen für die Häftlinge ankam, war selbstverständlich.

Die Bilanz dieser Vernichtungspolitik war zwar nicht mit den Opfern von Auschwitz-Birkenau zu vergleichen, aber 25 000 von

Redaktion: Peter Altmann
Landesverband der VVN-BdA-Hessen,
Eckenheimer Landstr. 93, 60318 FfM,
Tel. und Fax: (069) 597 05 24

**Wir bitten um Spenden für
den Landesverband Hessen!**
Spendenkonto: VVN-BdA Hessen
Postbank Frankfurt
Kto-Nr. 49330-602 BLZ 5001006

Treffen am VVN-Gedenkstein

Produktive Erinnerungsarbeit in Groß-Gerau

Trotz bitterer Kälte waren am Abend des 27. Januar über fünfzig Bürgerinnen und Bürger in der südhessischen Kreisstadt Groß-Gerau am VVN-Gedenkstein vor dem Jüdischen Friedhof zu einer Gedenkveranstaltung zum 65. Jahrestag der Befreiung des KZs Auschwitz zusammengekommen. Eingeladen zu der Veranstaltung hatten der DGB, das Evangelische Dekanat und der Kreisverband der VVN-BdA.



Von rechts: Stadtrat Jochen Auer (für den DGB), Dekan Tankred Bühler und VVN-Landessprecher Peter Christian Walther. Bild: Cornelia Schlagau

Namens der Veranstalter begrüßte Stadtrat Jochen Auer die Teilnehmer. Er berichtete, dass man sich mit den politisch Verantwortlichen der Stadt dahingehend verständigt habe, am Ort regelmäßig zwei antifaschistische Gedenktage mit öffentlichen Auftritten wahrzunehmen: den 9. November am Platz der ehemaligen Synagoge und den 27. Januar am VVN-Gedenkstein. Damit soll eine frühere Tradition wieder aufgenommen werden.

Am diesjährigen 27. Januar hielt VVN-Landessprecher Peter Christian Walther die Gedenkrede. Da-

bei betonte er, dass der 27. Januar 1945 nicht ohne den 30. Januar 1933 denkbar sei. Ohne die Machtübertragung an Hitler 1933 hätte es das Naziregime und dessen ungeheueren Terror nicht gegeben. Der 30. Januar 1933 wiederum wäre ohne die Unterstützung und Mitwirkung von einflussreichen Teilen der damaligen Gesellschaft nicht möglich gewesen. An diese Ursachen und Zusammenhänge müsse erinnert werden, um auch nur An-

sätze ähnlicher Entwicklungen zu verhindern. Nazistischer Ungeist mache sich auch heute wieder breit. Dem müsse entgegengetreten werden. Nur so könne Gedenken an die Opfer des Faschismus produktiv angewendet werden.

Dekan Tankred Bühler berichtete von Vorhaben und Aktivitäten ortsbezogener Gedenk- und Erinnerungsarbeit, zu der insbesondere ein umfangreiches Stolperstein-Projekt gehört.

pcw.

Im Windschatten des sächsischen LKA

Hessische Nazis machen Stimmung

Die Aktion des sächsischen Landeskriminalamtes gegen Plakate und den Aufruf »Dresden nazifrei« im Januar 2010 bot der hessischen NPD eine politische Steilvorlage für eine eigene Kampagne gegen antifaschistische Strukturen. Ausgerechnet gegen den Fraktionsvorsitzenden der Fraktion Die Linke im Hessischen Landtag Willi van Ooyen stellte NPD-Landesvorsitzende Jörg Krebs, dessen Stellvertreter der mehrfach vorbestrafte Mario Matthes ist, einen Strafantrag wegen »Bildung einer kriminellen Vereinigung«.

Insbesondere prangerte die NPD an, dass sich auf dem Internet-Auftritt der Fraktion Die Linke ein Banner zu »Dresden Nazifrei« befinde. Damit komme man auf eine externe Internet-Seite, auf der ein

Aufruf zu einer »Straftat« zu finden sei, weshalb der Straftatbestand der Bildung bzw. Unterstützung einer kriminellen Vereinigung erfüllt sei.

Abgesehen davon, dass neben der hessischen Fraktion Die Linke auch Vertreter der GRÜNEN, der SPD, des DGB und verschiedener

NPD provoziert mit Strafanzeigen

Einzelgewerkschaften sowie verschiedene Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens das politisch problematische Vorgehen des Dresdener Oberstaatsanwalts Christian Avenarius und des sächsischen LKA verurteilten, so zeigt sich doch, dass solche Schritte Wasser auf die Mühlen der Neofaschisten sind.

Anstatt dem geplanten europäischen Naziaufmarsch mit allen juristischen Mitteln entgegenzutreten und das zivilgesellschaftliche Engagement bis hin zu gewaltfreien Blockadeaktionen zu unterstützen, versuchten die politisch verantwortlichen Stellen der Stadt Dresden und des Landes Sachsen insbesondere den Protest der antifaschistischen Kräfte unterschiedlicher Richtungen zu kriminalisieren.

Glücklicherweise haben sich davon aber weder Gewerkschaften, politische Parteien, antifaschistische Initiativen oder andere Gruppen abhalten lassen. Aus allen Teilen Hessens waren mehrere Dutzend Busse auf dem Weg nach Dresden, als es hieß: Ob Dresden, Dortmund oder anderswo: Naziaufmärsche blockieren ist unser Recht!

Bernd Kant

Wetteraukreis

Schulfahrten zu Gedenkstätten

Eine nachahmenswerte Tradition hat sich im Wetteraukreis herausgebildet.

Mit Förderung durch den Kreis fahren Schulklassen zu Gedenkstätten des Naziterrors – mehr als 1100 Schüler waren es im vorigen Jahr. Landrat Arnold (SPD) nannte diese Fahrten einen »wichtigen Beitrag zur Immunisierung gegen rechtsextremistisches Gedankengut«. Besuche solcher Gedenkstätten, neben Buchenwald auch nach Auschwitz, Dachau und Theresienstadt, »rütteln Schüler auf und regen sie zum intensiven Nachdenken an«. Wer eine solche Gedenkstätte einmal besucht habe, so Landrat Arnold, »der ist für rechte Parteien und die Werbung extremistischer Parteien unempfindlich«.

P.A.

Sengers »Kaiserhofstraße 12« Ab April: »Frankfurt liest ein Buch«

Das ist eine attraktive Idee: In April und Mai wird in Frankfurt am Main das Projekt »Frankfurt liest ein Buch« umgesetzt.

Gelesen werden soll an zahllosen Stellen der Stadt von verschiedensten Initiativen und Gruppen – beteiligt ist auch die VVN-BdA – aus dem Buch »Kaiserhofstraße 12« von Valentin Senger. Es erzählt die Geschichte einer Jüdischen Familie in Frankfurt während der Nazizeit, die Angst und Schrecken erlebt, aber wie durch ein Wunder überlebt. Der Verlag Schöffing, der das Projekt plant, wird Valentin Sengers Buch neu auflegen.

Zu den eindrucksvollsten Berichten des Autors zählt die Schilderung der miterlebten Brandlegung der Frankfurter Synagogen, deren Zerstörung ihn sein eigenes Judentum voll bewusst werden ließ: Ich weiß nicht mehr, wie lange ich da stand und in die Flammen starrte. Ein Gefühl überwältigte mich, wie ich es bisher nicht gekannt hatte: Auch ich war einer von denen, die da gequält und geschunden wurden.

P.A.

»Zeit zum Aufstehn«
**August Kühns
Familienchronik
neu aufgelegt**

Als »Zeit zum Aufstehn« 1975 im Fischer-Verlag erschien, sorgte es für beträchtlichen Wirbel. Die Roman-Chronik aus dem Leben einer größtenteils proletarischen Münchner Familie entsprach damals noch durchaus einem aufmüpfigen »Zeitgeist«, Rezensenten entdeckten in dem Buch »Arbeiter-Buddenbrooks«.

Weitere Werke des Schriftstellers August Kühn fanden ihre Verlage; »Zeit zum Aufstehn« ging als ein mit prominenten Schauspielern besetzter TV-Zweiteiler über den Bildschirm.

August Kühn, als Helmut Münch am 25. September 1936 in München geboren, hat heute im Neubauviertel auf dem alten Messegelände im Münchner Westend, eine Straße, die – auch auf Betreiben der VVN-BdA hin – nach ihm benannt wurde. Sein Leben: 1939 Exil in der Schweiz wegen der jüdischen Abstammung des Vaters, 1945 Rückkehr nach München, Lehre zum Optischschleifer, nach einigen Jahren Wechsel in eine Münchner Boulevardzeitung als Volontär. Auswanderung nach Israel, Rückkehr nach München, Teilinvalidität nach schwerem Unfall, Arbeit in verschiedenen Branchen. Politisch aktiv als Kommunist und auch in der VVN-BdA. Verheiratet, sechs Kinder. Zunehmend schriftstellerisch tätig. August Kühn stirbt am 9. Februar 1996 in Hinterwössen.

Seit Januar 2010 ist »Zeit zum Aufstehn« – auch dank der Unterstützung der Gewerkschaft ver.di – wieder im Buchhandel erhältlich. Dr. Klaus Hahnzog, ehemaliger Münchner Bürgermeister und bayerischer Verfassungsrichter, schrieb das Vorwort zur Neuauflage im Verlag »Das freie Buch«, München.

462 Seiten, 19 Euro 90.

Stein an der Traun: Gedenkort geschändet

Opfer der Naturkatastrophe hatten sich gegen Nazis engagiert

Spontan hatten Freunde und Mitschüler von Vater Peter und Tochter Sophie Baumgartl, die in Stein an der Traun am 25. Januar bei einem Felssturz, der ihr Haus zerstörte, ums Leben kamen – die Mutter und der Sohn konnten schwer verletzt überleben und befanden sich noch im Krankenhaus – am Ort der Katastrophe eine kleine Gedenkstätte mit Lichtern und Andenken eingerichtet. Anfang Februar wurde sie von neofaschistischen Provokateuren heimgesucht, die dort eine schwarz-weißrote »Reichsflagge« aufhängten und diese mit Kabelbindern befestigten.

Vater und Tochter hatten sich, wie auch die anderen Familienmitglieder, demokratisch und antifaschistisch engagiert – das Elternpaar Baumgartl unter anderem im Kreisverband Traunstein der VVN-BdA.

Hermann Schätz, Großvater von Sophie und lange Jahre Bundestagsabgeordneter der SPD, hat Anzeige gegen Unbekannt erstattet. Dazu die örtliche Presse: »Der 75-Jährige ist überzeugt, dass hier Rechtsextreme mit der Fahnen niederlegung zum Ausdruck bringen wollen, dass sie sich freuen, dass hier zwei ihrer Gegner oder Feinde gestorben sind – und das ist so menschenverachtend, dass es jenseits unserer Kultur steht«.

Bei der Trauerfeier für Peter und Sophie Baumgartl am 2. Februar in Traunreut sprach auch VVN-Landessprecher Friedbert Mühlendorfer: »Toleranz«, betonte er, »war die Grundlage des politischen Engagements von Peter in der Linken, in der Friedensinitiative, in verschiedenen Arbeitskreisen und in der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten. Dieses Engagement war nicht konjunkturabhängig, sondern nahm einen dauerhaften, festen Platz in seinem Leben ein. (...) Sophie hat viel von Peters und Uschis Toleranz und Vertrauen aufnehmen können und das als Grundlage ge-



Nazifahne am Gedenkort. Peter Kurz, Kreisvorsitzender der Partei DieLinke, wurde von Bekannten über die Schändung informiert. Er fotografierte den Tatort (unser Bild), sicherte die Fahne als Beweisstück und brachte sie zur Polizei.

nommen für ihre eigene, recht kritische Nachdenklichkeit, für die eigene Zurückhaltung, für die eigenen Beobachtungen. Diese Ernsthaftigkeit war ein wichtiger Teil von Sophie, neben ihrer Lebenslust inmitten ihrer Freunde, ihren Plänen und Träumen für die Zeit nach dem Abitur.

»Zerreißt den Mantel der Gleichgültigkeit«

So war es dann auch Ergebnis von Sophies Entwicklung, dass sie mitmachte beim Straßentheater im Rahmen des Ostermarsches für den Frieden; es war ihre Empörung gegen die menschenverachtende Propaganda der Nazis, die sie aktiv werden ließ mit ihren Freunden und auch ihrem Bruder Leon in der Antifa-Jugend. Und es war ihre Überzeugung, als sie sich 2006 bereiterklärte, an der Gedenkfeier in Surberg für die dort ermordeten KZ-Käftlinge mitzuwirken. Der tschechische jüdische Naziverfolgte Pavel Kohn erzählte dort von seinem Leben, erzählte davon, wie er mit 14 Jahren nach Auschwitz deportiert wurde. Und Sophie las anschließend aus dem Abschiedsbrief eines 14-jährigen Jungen, der mit den Worten beginnt: »Wenn der

Himmel Papier und alle Meere der Welt Tinte wären, könnte ich euch mein Leid und alles, was ich rings um mich sehe, nicht beschreiben«. Sophie, damals selbst 14 Jahre alt, hat sich berühren lassen von den Empfindungen dieser Menschen, von deren Ängsten und Hoffnungen. Diese Empfänglichkeit für Leid und Ungerechtigkeit anderer war Sophies eigene Grundlage für ihr Engagement.«

Der Landessprecher weiter: »Zerreißt den Mantel der Gleichgültigkeit, den ihr um euer Herz gelegt habt!« formulierten Hans und Sophie Scholl und ihre Freunde von der Weißen Rose in ihrem letzten Flugblatt vom Februar 1943. Für Peter und Sophie war das kein Satz aus Schulbüchern oder Archiven, gültig für andere Zeiten. Peter hat viel von den Erfahrungen und Hoffnungen von Naziverfolgten angenommen und für sein Leben nutzbar gemacht. Und Peter hat es weitergegeben und Sophie hat es angenommen. Dieses »Es«, jenen unzerstörbaren Kern von Menschlichkeit und Solidarität, haben sie weitergetragen. Und so werden Peter und Sophie immer mit dabei sein, wenn sich Menschen hier bei uns weiterhin empören über Fremdenfeindlichkeit, über Ungerechtigkeit und Krieg.«

Widerständig und geduldig

Abschied von Emma Engelhardt aus Schwarzenbach a. d. Saale

Im 88. Lebensjahr verstarb am 28. Dezember 2009 Emma Engelhardt aus Schwarzenbach. Weit über ihren Heimatort und die Region Hof hinaus hat sie Zeichen gesetzt für ein widerständiges Leben.

Auszeichnungen und Würdigungen dafür gab es zum Teil erst spät, aber immerhin gab es sie: Ehrungen durch die Heimatgemeinde für ihr bürgerschaftliches Engagement, vom DGB die Hans-Böckler-Medaille. Ein besonderes Denkmal setzte ihr postum das »Schwarzenbacher Amts-Blatt«, die »Heimatzeitung für die bayerische Stadt Schwarzenbach-Saale«. Es widmete Emma eine ganze, mit vielen historisch-dokumentarischen Fotos illustrierte Seite. »Das Leben der anderen« lautete die Überschrift, und in der Unterzeile wurde resümiert: »Emma Engelhardt packte an, setzte sich ein Leben lang für die Rechte und Interessen der Schwachen, Benachteiligten und Unterdrückten ein.«

Über weite Teile wurde dort im Wortlaut wiedergegeben, was Emmas Sohn Klaus Bruno bei der Trauerfeier am Heimatort über das Leben seiner Mutter berichtet hatte. Hier einige Auszüge:

»Nur wenige Jahre nach dem ersten großen Krieg wurde Emma in der gerade gegründeten Tschechoslowakischen Republik geboren. Sie wuchs in einem kleinen Dorf in



Emma Engelhardt †

Böhmen auf. Nach ihrem Schulbesuch ging sie als Dienstmädchen bei reichen Leuten in Stellung. Anfang der 40er-Jahre lernte sie Alfred Engelhardt kennen und lieben. Mitten im Zweiten Weltkrieg 1941 wurde geheiratet. 1943 kam Sohn Manfred zur Welt, 1953 Sohn Klaus. Emma zog zur Familie ihres Mannes nach Schwarzenbach, fand Arbeit in der Fallschirmfabrik in Hof. Doch diese Ehe mit dem ehemaligen KZler und damaligen Wehrmachtssoldaten Alfred Engelhardt sollte ihr Leben nachhaltig verändern. Mit ihm lernte sie, mitten in der Nazidiktatur eine neue, andere Welt kennen. Sie begegnete Menschen, die anders waren, die nicht mit dem Strom schwammen. Keine Helden des Widerstandes, aber mit widerständischen Ideen und Gedanken. Oft

hat sie erzählt, wie sie und Alfred beim Spaziergang leise sangen und sie die Lieder der Arbeiterbewegung lernte, wie sie als Schwarzhörner Radio London oder Moskau lauschten und beim Fronturlaub ihres Mannes die Schwarzenbacher Genossen besuchten.

Dieses zarte Pflänzchen bekam feste Wurzeln, aus ihnen erwuchs Emmas Lebensbaum und seine starken Äste hießen; Friede und Gerechtigkeit, Solidarität und Mitgefühl, Verständnis und Toleranz. Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus – der Schwur der überlebenden KZ-Häftlinge von Buchenwald wurde für Emma Engelhardt eine Lebensmaxime.

1945 ging die Freude über Frieden und Befreiung einher mit Sorgen und Not. Ihr Ehemann sollte noch bis Ende der 40er-Jahre in Kriegsgefangenschaft bleiben und für das tägliche Leben fehlte oft das Allernötigste. (...) Wie Millionen anderer Frauen dieser Generation musste der Kampf ums Überleben organisiert werden. Fallschirme wurden nun nicht mehr gebraucht und sie war froh Arbeit in der Porzellanfabrik Kronester zu finden. Diese Verbindung sollte bis ins Rentenalter halten. Die Porzellanerinnen und Porzelliner wurden ihre zweite große Familie. Ihre Kolleginnen und Kollegen wählten sie zur Betriebsrätin und dann zur Betriebsratsvorsitzenden.

1956 wird die KPD verboten, Alfred Engelhardt wird 1958 wieder einmal mehrere Monate eingesperrt. Es folgen die 60er-Jahre, Erstarrtes bricht auf, Menschen bewegen sich: Kampf gegen Notstandsgesetze und Neonazis, Emma und ihr Mann sind dabei, als sich 1968 die DKP neu konstituiert. Im Betrieb kommen Anfang der 60er-Jahre die ersten »Gastarbeiter« an. Dazu Klaus Bruno Engelhardt: »Emma überwand alle Sprachbarrieren. Sindicato, trabajadores und capitalista gehörten zu ihrem festen Sprachschatz, wenn sie mit Händen und Füßen redend den Neuankömmlingen den Gegensatz von Kapital und Arbeit und die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Organisation zu erklären versuchte. Doch nicht wegen ihrer agi-

Neu erschienener Bericht

Ein »Nacht-und-Nebel«-Gefangener

Henk Verheyen, geboren 1925 in Berchem-Antwerpen, wurde 1943 als Mitglied einer Widerstandsgruppe von Schülern mit 23 Gleichaltrigen verhaftet. Von diesen überlebten nur acht ihren Weg durch deutsche Gefängnisse und KZs. Verheyen kam nach Verhören und Folterungen in Antwerpen in die KZs Esterwegen, Groß-Rosen, und schließlich nach Flossenbürg und wurde von dort auf einen Todesmarsch getrieben. Am 23. April 1945 befreite ihn bei Cham die US-Armee. Seine Berichte darüber sind nun als Buch neu erschienen:

»Henk Verheyen, Als belgischer »Nacht & Nebel-Gefangener« durch die Emslandlager ins KZ Flossenbürg«, Pahl-Rugenstein Verlag, 205 S., 16,90 Euro. Bestellung über: www.arge-kz-flossenbuerg.de, Mail: greiner-schmid@schmid-multitech.de

tatorischen Fähigkeiten hatten viele Menschen sie ins Herz geschlossen, sondern weil sie geduldig zuhören konnte, weil für sie kein Problem zu klein war, weil sie hartnäckig nach Lösungen suchte.«

1981 geht Emma Engelhardt in Rente, kurz danach stirbt ihr Mann. Emma bleibt in der Region und darüber hinaus weiterhin engagiert: »Als Vorsitzende der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes«, so das »Amts-Blatt«, »war sie aktiv daran beteiligt, dass sich in unserer Region eine Kultur gegen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit entwickelt hat. Sie war stolz darauf, dass auf ihre Anregung hin die Schwarzenbacher Hauptschule den Namen der Geschwister Scholl erhielt. Sie initiierte die alljährliche Gedenkstunde am 27. Januar und die Entstehung und Entwicklung der Gedenkstätte »Langer Gang« ist eng mit ihrem Namen verbunden.«

Wir gratulieren ...

... natürlich allen unseren »Geburtstagskindern«. Sie sämtlich aufzuführen, würde allerdings den Rahmen der **antifa** sprengen. Stellvertretend seien deshalb hier die Kameradinnen und Kameraden zwischen 60 und 80 genannt, die einen »runden« Geburtstag haben bzw. hatten – und alle über 80. Herzlichen Glückwunsch!

März: Heinz Buchta (96), Bamberg; Franz Meisl (92), Augsburg; Gustav Olschewski (88), Rothenburg o.d.T.; Ludwig Fraundorfer

(88), Neubiberg; Anni Multerer (84), Bad Wörishofen; Werner Grube (80), München; Renate Müller (80), München; Heinz Tischer (80), Bayreuth; Mutter Christina (70), München; Manfred Dresel (65), Nürnberg; Ursula Böhm (60), Regensburg; Hans Keller (60), München.

April: Viktoria Kern (83), Penzberg, Jahre; Ilona Denke (81), München, Jahre; Gertrud Heupel (70), Freising; Eduard Günther (65), München; Wolfgang Ziller (65), Schweinfurt.

Redaktion: Ernst Antoni
VVN-BdA Bayern
Frauenlobstr. 24, 80337 München
Tel.: (089) 531786
Fax: (089) 5389464
E-Mail: lv-bayern@vvn-bda.de

**Berlin: Antifa-Jour fixe
Weiter nach
gelungenem Start**

Wir waren ja schon sehr gespannt, ob unsere neue Veranstaltungsreihe vom Berliner Publikum auch über die Reihen der VVN-BdA-Mitglieder hinaus angenommen wird. Schließlich soll sie das neue »Schaufenster« des Berliner Landesverbands sein.

Aber schon nach der zweiten Veranstaltung, es diskutierten Heinrich Fink mit Jana von der Antifa Friedrichshain über die geschichtsrelativierenden Pläne der neuen schwarz-gelben Bundesregierung, die Programme gegen Rechtsextremismus in Pogromme gegen »Extremismus« umzuwidmen, können wir feststellen: Unser Antifa-Jour fixe wird angenommen. Über 60 Besucher waren beim zweiten Male in das Café Sibylle gekommen, um der Diskussion zu lauschen und sich auch engagiert zu Wort zu melden.

**Ein Abend mit
der Berliner VVN-BdA ...**

Antifa-Jour Fixe

**... immer am 3. Montag
im Monat.
... immer ab 18.30 Uhr.
... immer im Café Sibylle.**

Café Sibylle
Karl-Marx-Allee 72, Berlin
U 5 zwischen Strausberger
Platz und Weberwiese

Am 15. März wird der Autor und Liedermacher Wolfgang Herzberg unter dem Motto »Überleben heißt Erinnern« von der Lebensgeschichte seiner Tante, der Auschwitz-Überlebenden Florence Singewald, berichten und seine Lesung durch eigene Lieder und Gedichte abrunden.

Übrigens: Bekannt wurde der 1944 als Sohn jüdisch-deutscher Emigranten im britischen Leicester geborene Autor und Publizist auch als Rocktexter für die DDR-Kultband PANKOW.

**65 Jahre Befreiung
»Wer nicht feiert, hat verloren!«**

Berlin feiert in Treptow den 9. Mai

Unter diesem Motto laden die Basisorganisation 8. Mai der Berliner VVN-BdA und Freundinnen und Freunde aus Antifagruppen am 9. Mai zu einem deutsch-russisch-internationalen antifaschistischen Volksfest in den Treptower Park, unweit des sowjetischen Ehrenmals, ein.

Der 9. Mai wird in der ehemaligen Sowjetunion und in anderen Ländern als Tag des Sieges über den deutschen Faschismus gefeiert. Die 2000-köpfige Besucherschar im letzten Jahr zeigte, dass die Erinnerung an unsere Befreier, die Soldaten und Soldatinnen der Roten Armee, in Berlin von vielen Menschen hochgehalten wird.

Zahlreiche Musikerinnen und Musiker haben am 9. Mai ihr Erscheinen angekündigt, auch ehemalige Widerstandskämpfer und deutsche Angehörige der Roten Armee. Und nicht zuletzt ist das

Fest ein fester Termin im Kalender der russischsprachigen Community in Berlin geworden. Natürlich ist für Essen und Trinken gesorgt. Darüber hinaus wird es eine Hüpfburg und Spiele für Kinder und Führungen zum sowjetischen Ehrenmal geben.

Das Fest beginnt am Sonntag um 11 Uhr auf dem Parkplatz Rosengarten an der Puschkinallee.

**Infos: www.9-MAI.tk
Kontakt: vnv-bda-8.mai@gmx.de
oder über das Berliner VVN-BdA Büro**



Am 8. Mai zum Sowjetischen Ehrenmal im Treptower Park

Am 8. Mai lädt die VVN-BdA Treptow um 17.00 Uhr zu ihrer traditionellen Gedenkveranstaltung zum Tag der Befreiung vom

Faschismus am sowjetischen Ehrenmal ein.

Infos: www.bda-treptow.de

Postengerangel und Anschläge

Bewegung in der Berliner Naziszene

Mit Gelassenheit und Genugtuung konnten Antifaschistinnen und Antifaschisten in den letzten Monaten die von Zerstrittenheit und Führungsschwäche geprägten Vorgänge bei den organisierten Neonazis Berlins verfolgen.

Die Massenaustritte aus dem Landesverband der NPD, das spätere Verbot der Kameradschaft »Frontbann 24«, die schwachen Ergebnisse der rechten Parteien bei den Bundestagswahlen im September 2009 und die Querelen um den rechten Multifunktionär und NPD-Landesvorsitzenden Jörg Hähnel standen hier nur exemplarisch für eine krisengeschüttelte und fast ausschließlich mit sich selbst beschäftigte Neonaziszene.

Als habe das Gerede von den guten Vorsätzen im neuen Jahr doch nicht nur eine pathologische Wir-

kung, ist seit Januar 2010 unter den Neonazikadern der Hauptstadt so etwas wie Aufbruchstimmung zu vernehmen. Besonders schickt sich dabei die Berliner NPD an, den eigenen Laden wieder in Ordnung bringen zu wollen. Auf die überraschende Ankündigung von Jörg Hähnel, im Spätsommer beim für Oktober oder November 2009 angekündigten Landesparteitag nicht mehr für den Vorsitz des Verbandes kandidieren zu wollen, folgte zunächst betretenes Schweigen. Hämisches Gefeiße war lediglich aus dem Umfeld von Hans-Joachim Henry zu vernehmen, der Ende Februar 2009 als Vizevorsitzender der Berliner NPD die rechtsextreme Partei mit Dutzenden anderen verlassen hatte - als Reaktion auf den Führungsstil von Hähnel.

Als der lang angekündigte und kurzfristig einberufene Landesparteitag Anfang Februar dann doch

noch stattfand, blieb den Neonazis als Räumlichkeit wieder einmal nur ihr Schulungszentrum der NPD-Zentrale in Berlin-Köpenick. Zuvor war die NPD mit ihren Versuchen gescheitert, andere Räume für ihr Treffen zu gewinnen. In den letzten Jahren hatten Antifagruppen und die »Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus« (MBR) einiges unternommen, um in den Rathäusern, unter Gastronomen
(Fortsetzung auf Seite 11)

Redaktion: Dr. Hans Coppi
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Tel.: (030) 29 78 41 78
Fax: (030) 29 78 43 78
Internet: <http://berlin.vvn-bda.org>
E-Mail: berlin@vvn-bda.org

**Wir bitten sehr um Spenden
für die Berliner VVN-BdA**
Postbank Berlin
Konto-Nr: 315 904 105
BLZ: 100 100 10

Alarmierendes aus Zossen

Von der Polizei geduldet verhöhnern Neonazis Opfer des Faschismus – Von Hans Coppi

Nachdem ich am 27. Januar an der Gedenkfeier für die Opfer des Nationalsozialismus im Bundestag teilgenommen hatte, fuhr ich nach Zossen. Immer wieder hatte ich in den letzten Jahren von Nazi-Aktivitäten in dieser nur 20 Kilometer südlich von Berlin gelegenen Kleinstadt gehört und gelesen. Wenige Tage zuvor war auf das im Frühjahr 2009 eröffnete Haus der Demokratie ein Brandanschlag verübt worden. Um so mehr war ich gespannt, wie dort der Gedenktag begangen wird.

Dem Aufruf der Bürgerinitiative »Zossen zeigt Gesicht für Demokratie« waren über 160 Bürgerinnen und Bürger sowie Antifaschisten aus Brandenburg und Berlin gefolgt. Mitglieder der Bürgerinitiative hatten in den letzten Jahren gemeinsam mit Jugendlichen recherchiert und Biografien von 76 Frauen und Männern aus Zossen zusammengetragen. Sie waren von 1933 bis 1945 verhaftet, misshandelt und gedemütigt, in Lagern und Zuchthäuser weggesperrt, in Konzentrations- und Vernichtungslagern, in Brandenburg-Görden und

in Plötzensee ermordet worden. Ihre Namen, Geburtsdaten, Berufe und ihr Verfolgungsschicksal hallten an diesem Abend über den Zossener Marktplatz.

Ein für mich völlig unerwartetes Echo kam von der anderen Seite des Platzes. Dort hatten sich etwa 20 Neonazis versammelt. Sie störten massiv das Gedenken mit Trillerpfeifen, Tröten, riefen in Sprechchören »Nieder mit der roten Pest«, »Nationaler Sozialismus, jetzt, jetzt, jetzt«, »Juden raus aus Palästina« und andere Parolen. Auch »Lügen, Lügen« wurde skandiert, als Haftstätten, Deportations- und Sterbeorte verlesen wurden. Auf einem Video ist zu sehen, wie Nazis den »Kühnengruß« zeigen – den rechten Arm nach oben und zwei Finger zum V gespreizt. All dies spielte sich vor den Augen der Polizei ab, die sich nicht veranlasst sah, diese verfassungsfeindlichen Handlungen zu unterbinden und auch nicht einschritt, als während der gesamten Veranstaltung Opfer des Naziregimes an einem staatsoffiziellen Gedenktag verhöhnt wurden. Ein für mich ungläublicher Vorgang!

Als ich den Einsatzleiter spre-



Zossen am Abend des 27. Januar, dem Tag der Opfer des Naziregimes.

Bilder: Björn Kietzmann

chen wollte, erklärten die von mir angesprochenen Polizisten, dass sie nicht wüssten, wer es ist und wie er zu erreichen sei. Meine Frage, warum sie die Nazis gewähren ließen, blieb unbeantwortet. Ein Polizist aus Zossen erklärte mir, dies sei eine öffentliche Veranstaltung und Bürger, die eine andere Meinung hätten, könnten dies auch kundtun. Auch er sah keinen Grund, dagegen einzuschreiten. Das »tolerante Brandenburg« stelle ich mir anders vor.

Nachdem der Brandstifter des Hauses der Demokratie festgenommen worden war, las ich zwei Tage später auf der Website des Brandenburger Innenministeriums, der Fahndungserfolg signalisiere, dass der rechtsextremen Szene in Brandenburg kein Spielraum gelassen werde. Dies habe ich je-

doch am 27. Januar in Zossen anders erlebt und den Innenminister in einem offenen Brief am 31. Januar aufgefordert, das Fehlverhalten der Polizei auszuwerten und Schlussfolgerungen zu ziehen. Bis jetzt, während ich das schreibe, sind drei Wochen verstrichen, habe ich noch keine Antwort von dem Innenminister erhalten.

Im Reichstag erneuerte am 27. Januar der Präsident des Deutschen Bundestages das Versprechen, »dass wir das, was in der Vergangenheit geschehen ist, nicht vergessen. Wir wissen um die Verpflichtung, jede Form von Hass, Intoleranz, Diskriminierung, Ausgrenzung und Antisemitismus entschieden zu bekämpfen«. In Zossen war diese Botschaft bei den Zuständigen offensichtlich nicht angekommen.



Auch das am 27. Januar.

(Fortsetzung von Seite 10)

und anderen möglichen Vermietern von geeigneten Sitzungsräumen die Sensibilität gegenüber Neonazis zu erhöhen.

Außer über die Zusammensetzung des neuen NPD-Landesvorstandes drang wie gewöhnlich wenig von den Geschehnissen des NPD-Treffens an die Öffentlichkeit. Doch schon aus diesen Informationen wird die weitere Annäherung der NPD an militante Jungnazis aus Berlin deutlich. Den Vorsitz

übernimmt der in Berlin bisher unbekannt 45-jährige Uwe Meenen, der zuletzt in Bayern Parteikarriere machte. Dem Vorstand gehören neben den beiden ehemaligen Landesvorsitzenden Jörg Hähnel und Eckart Bräuniger auch Sebastian Schmidtke sowie Dietmar Tönhardt an. Schmidtke ist seit Jahren Anmelder von Neonazidemos in Berlin und aktiv in der Kameradschaftsszene, Tönhardt ist der frühere Chef der Berliner DVU, deren Bedeutung in der Hauptstadt allerdings weiter gegen null tendiert.

Anschlagserie der Nazis

Bereits im Dezember startete besonders im Bezirk Neukölln eine bis dahin nicht gekannte rechte Anschlagserie gegen linke Stadtteilläden, Bars, Büros und Nachbarschaftszentren, darunter auf die Chile-Freundschaftsgesellschaft »Salvador Allende«, das Büro der Grünen, die Galerie Olga Benario und die Bar Tristeza. Ebenso betroffen waren die Räume der Na-

turfreundejugend in Friedrichshain, das Kubiz in Weißensee sowie zwei alternative Hausprojekte im Wedding.

Schon Mitte Januar dieses Jahres hatten nach Informationen der Antifa Hohenschönhausen rund 50 Neonazis bei einer im Rathaus Lichtenberg ausgerichteten »Langen Nacht der Politik« versucht, »das Rathaus zur Angstzone zu machen« und Antifaschistinnen sowie Antifaschisten einzuschüchtern.

Lothar Bassermann

**Ohnsorg-Theater:
Wolfgang Rose ehrt
Antifaschistinnen**

Im Hamburger Ohnsorg-Theater veranstaltete die Gewerkschaft ver.di im Januar ihren Neujahrsempfang. In seiner Rede warnte der Hamburger ver.di-Vorsitzende Wolfgang Rose vor dem Erstarken des Neofaschismus. Geladen waren auch Mitglieder der VVN-BdA, Holocaust-Überlebende und Widerstandskämpferinnen wie Esther Bejarano, Antje Kosemund, Elsa Werner und Steffi Wittenberg. Rose würdigte in seiner Rede ihren Einsatz gegen alte und neue Nazis. Mit Blick auf Esther Bejarano meinte er: »Es stünde dem Senat der Freien und Hansestadt Hamburg gut an, Sie zur Ehrenbürgerin zu ernennen.« **hjm**

**Bezirk Hamburg-Nord:
Amt verbietet
NPD-Infostände**

Das Bezirksamt Nord hat mehrere Anträge der NPD auf einen Infostand abgelehnt. Grundlage war ein Beschluss der Bezirksversammlung Nord, wo es hieß: »Die Bezirksverwaltung wird aufgefordert, bei Anträgen auf Genehmigung von Informationsständen insbesondere die Sicherheitsaspekte zu berücksichtigen.« Hintergrund war ein Vorfall im Herbst, als in Barmbek von einem NPD-Infostand aus eine Passantin verprügelt wurde. Bezirksamtsleiter Wolfgang Kopitzsch: »Aufgrund der Erfahrung beim letzten Bundestagswahlkampf prüfen wir außerordentlich sorgfältig bei der Genehmigung von Infoständen.« Gegen die NPD führten das »Hamburger Bündnis gegen Rechts«, SPD, GAL und Linke am 24. Januar eine Kundgebung am Winterhuder Marktplatz durch – an der gleichen Stelle, wo die NPD einen Stand angemeldet hatte. **hjm**

Widerstandsausstellung im Foyer

Ausführliche Dokumentation lockte ins Hamburger Rathaus

Bis zum 14. Februar war im Foyer des Hamburger Rathauses eine Ausstellung über den antifaschistischen Widerstand in Hamburg zu sehen. Gestaltet wurde sie von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme. Alles in allem war es eine gelungene und ausführliche Dokumentation, die alle Opfergruppen ihrer Bedeutung nach angemessen berücksichtigt hat.

Zum Jahr 1933 wird gesagt, dass die Spaltung der Arbeiterbewegung die Errichtung der Nazidiktatur begünstigt hat, ohne die sonst üblichen einseitigen Schuldzuweisungen an die KPD. Vom Widerstand der Arbeiterbewegung werden auch Gruppen aufgeführt, über die bisher nur wenig bekannt war, wie Trotzlisten, KPO, SAP und andere. Anarchisten fehlen, obwohl es auch von ihnen Widerstand gegeben hat. Da müssen

wohl noch etliche Polizei- und Prozessakten ausgewertet werden. Außerdem fehlen Sozialdemokraten, die im kommunistischen Widerstand mitmachten, was z.B. in Harburg in erheblichem Maße vorgekommen ist. Aber das war vielleicht eine Harburger Besonderheit.

Einen speziellen jüdischen Widerstand gab es in Hamburg nicht, es wurden aber Jüdinnen und Juden gezeigt, die in kommunistischen und anderen Gruppen mitkämpften. Vom Widerstand der Bekennenden Kirche wird mit Recht gesagt, dass er in Norddeutschland nicht existierte. Die Bekennende Kirche wehrte sich in Norddeutschland dagegen, dass die Nazis in die Kirche hineinregierten. Anders verhielt es sich mit den Zeugen Jehovas. Sie waren ähnlich wie die Kommunisten in Kleingruppen organisiert und druckten Flugschriften. Die Grup-

pe um Helmuth Hübener wird dokumentiert, Hübener war wohl das jüngste Hamburger Opfer der Nazijustiz. Er war erst siebzehn Jahre alt, als er 1942 in Berlin-Plötzensee hingerichtet wurde. Das Ausstellungselement zur Hübener-Gruppe wurde von der 15jährigen Schülerin Semiha Savran aus Wilhelmsburg bei der Ausstellungseröffnung im Kaisersaal präsentiert, die dazu in der Gedenkstätte Neuengamme geforscht hatte.

Es wird gesagt, dass wegen des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts der kommunistische Widerstand 1939 zum Erliegen gekommen ist. Es muß jedoch beachtet werden, dass die meisten Männer zum Militär eingezogen wurden. Außerdem war die Grenze zu Dänemark geschlossen, von wo die Kommunisten vorher ihre Materialien bezogen.

(Fortsetzung auf Seite 13)

**Gedenken – Filme – Lesung:
VVN-Termine von März bis Mai**

Sonntag, 7. März, 11 Uhr
Friedhof Ohlsdorf, Gräber der Valvo-Frauen/Nähe Kapelle 13
Gedenkveranstaltung: Blumen für die Valvo-Frauen

Am Internationalen Frauentag wollen wir auch an die Zwangsarbeiterinnen erinnern.
Rednerin: Traute Springer-Yakar
Bringt Blumen mit

Montag, 8. März, 19 Uhr
Kulturpalast Billstedt
Die Frau mit den grünen Haaren
Munitionsfabrik. Arbeiter- und Soldatenrat. Kommunistische Partei. Verhaftet unter Stalin. Antifaschistischer Widerstand. Erinnerung an Gertrud Meyer

Sonntag, 28. März, 17 Uhr
Kino Metropolis im Savoy
Konspirantinnen
Polnische Frauen im Widerstand 1939 – 1945
Paul Meyer, D 2008, 90 Min.

Paul Meyer hat zahlreiche Überlebende des Warschauer Aufstands befragt und zum Teil unveröffentlichtes Archivmaterial verarbeitet.

Montag, 5. April Ostermarsch
mit anschließendem Friedensfest auf dem Großneumarkt

Sonntag, 11. April, 17 Uhr
Kino Metropolis im Savoy
Der Fall Cap Arcona
K. Hermann/G. Klaucke, D 1995, 102 Min.
Am 3. April 1945 startete die Royal Air Force ihren letzten großen Luftangriff. Das Ziel der britischen Flieger: Schiffsansammlungen in der Kieler und Lübecker Bucht. Was die Angreifer nicht wussten: die beiden größten Schiffe, Cap Arcona und Thielbeck waren schwimmende KZs. Dieser Irrtum kostete 7000 Häftlingen das Leben.

Donnerstag, 6. Mai, 19.30 Uhr
Bürgerhaus Wilhelmsburg, Mengestr. 20

Jugendwiderstand in Hamburg: Helmut Hübener und Freunde
Lesung aus Ulrich Sanders Buch »Jugendwiderstand im Krieg«. Semiha Savran im Gespräch mit dem Autor

Freitag, 7. Mai, 11 Uhr
Zentrum für Aus- und Fortbildung, Normannenweg 26
Rundgang durch die Ausstellung »Jugendwiderstand in Hamburg: Helmut Hübener und Freunde«
mit Ulrich Sander

Samstag, 8. Mai, 11 Uhr
Friedhof Ohlsdorf, gegenüber Krematorium, am Mahnmal für die Opfer von Faschismus und Krieg
Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg
Redner: N.N.
Musik: Chor Hamburger Gewerkschafter/innen

Redaktion: H.-J. Meyer
Nächster Redaktionsschluss ist Sonntag, 11. April.
Zuschriften bitte an die Landesgeschäftsstelle VVN-BdA Landesvereinigung Hamburg Hein-Hoyer-Str. 41, 20359 Hamburg, Tel.: (040) 314254 E-Mail: wn-bda.hh@t-online.de

90 Jahre Kapp-Putsch

Erinnerung an den siegreichen Harburger Generalstreik

Zur Erinnerung an den Kapp-Putsch und den gelungenen Generalstreik vor 90 Jahren finden in Harburg Veranstaltungen statt. Die Harburger VVN-BdA hat dafür zu einem »Ratschlag« eingeladen. Näheres ist bei der VVN-BdA Hamburg zu erfahren.

Am 13. März 1920 putschte das Militär. Reichspräsident Ebert und die Regierung Scheidemann (SPD) flüchteten. Mit »Hakenkreuz am Stahlhelm« und »schwarz-weiß-rot« marschierte die Marinebrigade Ehrhardt in Berlin ein. Es zeichnete sich eine neuartige Koalition ab, die später »Harzburger Front« heißen sollte. Auf den Schild gehoben wurde ein völlig unbekannter Mann namens Wolfgang Kapp, treibende Kräfte waren jedoch Militärs wie General von Ludendorff und General von Lüttwitz.

Nach einem Generalstreik, der von den drei Arbeiterparteien SPD, USPD und KPD unterstützt wurde, war nach wenigen Tagen der Spuk zu Ende. Die von Wehrminister Gustav Noske (SPD) aus der Taufe gehobene Reichswehr hatte bei der Niederschlagung der revolutionären Arbeiterbewegung funktioniert, vor den Putschisten von Rechts gefiel sie sich in wohlwollender Zurückhaltung. Noske war, zu tiefem Bedauern seines Freundes Ebert, nun nicht mehr zu halten und musste seinen Hut nehmen.

Die Arbeiterstadt Harburg vor den Toren Hamburgs gehörte zu



Die Heimfelder Schule, in der sich die Putschisten verschanzt hatten.

Bild: hjm

den wenigen Städten, wo die Putschisten nicht nur durch den Streik, sondern auch militärisch besiegt wurden. In der Nähe von Stade war ein Trupp »Baltikumer« stationiert, reguläre Einheiten und Freicorps, die im Baltikum gegen die Sowjetmacht gekämpft hatten und nun demobilisiert werden sollten. Dieser Landsknechthaufen unter dem Kommando des Fliegerhauptmanns Berthold schloss sich dem Putsch an und setzte sich in Richtung Hamburg in Marsch. Als Berthold erfuhr, dass in Harburg die

Kommandeure des dort stationierten Pionierbataillons verhaftet worden waren, beschloss er, zunächst hier »Ordnung zu schaffen«, und marschierte am Abend des 14. März in die Stadt ein. Der Zugang zur Kaserne wurde ihm jedoch verwehrt, seine Truppe musste in der Mittelschule in Heimfeld an der Woellmerstraße Quartier nehmen.

Am 15. März wurde diese Schule von einer großen Zahl teils bewaffneter Arbeiter belagert. Es kam zu einer Schießerei, elf Arbeiter, ein Lehrling, ein Schüler und ein Soldat des Pionierbataillons wurden getötet. Auch auf Seiten der Baltikumer gab es Tote. Schließlich mussten die Putschisten kapitulieren.

Berthold versuchte wohl zu fliehen, wurde aber entdeckt und von der Menge gelyncht.

Die Nazis machten Fliegerhauptmann Berthold zum Märtyrer. Alljährlich fanden im März in Harburg pompöse Berthold-Feiern statt. In den Kämpfen nach der Novemberrevolution hatten Offiziere Tausende von Arbeitern erschossen. Dass es auch mal umgekehrt kommen konnte, hat das konservative Harburg dem »roten Pöbel« bis heute nicht verziehen.

Hans-Joachim Meyer

Widerstandsausstellung

(Fortsetzung von Seite 12)

Vom Widerstand des Krieges werden die kommunistische Organisation um Bästlein, Jacob und Abshagen sowie die Weiße Rose Hamburg dargestellt. Ein oppositioneller Kreis um den Industriellen Heinrich Thörl fehlt, einem ehemaligen Mitglied des »Stahlhelms«. Die Nazis warfen ihm vor, einen Verein »zur Vernichtung Alter Kämpfer« gegründet zu haben.

Zum Schluss wird bedauert, dass die Erforschung des Widerstandes anfangs nur von sehr we-

Wir bitten um Spenden für die Hamburger VVN-BdA!

**Spendenkonto: VVN-BdA Hamburg
Haspa, BLZ 200 505 50
Kto-Nr. 1206/127 183**

nigen Menschen geleistet wurde. Genannt werden Gertrud Meyer und Ursel Hochmuth von der VVN-BdA. So forderten die Ausstellungsmacher aus der Gedenkstätte Neuengamme, dass die Forderung des ehemaligen Senatssprechers Erich Lüth befolgt wird: Schreibt die Geschichte des Hamburger Widerstandes.

hjm

Hamburg liegt vorne: 3191 Stolpersteine

In ganz Hamburg wurden bis Februar diesen Jahres insgesamt 3191 Stolpersteine verlegt, mit denen der Kölner Künstler Gunter Demnig vielen Opfern der Nazi-Diktatur wieder einen Namen an ihren ehemaligen Wohn- und Arbeitsorten gegeben hat. Schon lange ist Hamburg die Stadt mit den meisten Stolpersteinen, was auch ein zwiespältiges Gefühl hinterlässt: nicht nur Stolz, sondern auch Trauer über die Vielzahl der Opfer im ehemaligen »Mustergau Hamburg«.

hjm

Schüler zeichnen Lebensweg nach Gedenken an 500 jüdische Frauen

Am 27. Januar, dem Tag der Befreiung von Auschwitz durch die Sowjetarmee, fand in Neugraben am früheren Ortsamt Süderelbe eine Gedenkstunde statt.

Hier erinnert eine Tafel an etwa 500 jüdische Frauen, die in einem Außenlager des KZ Neuengamme am Falkenbergsweg untergebracht waren. Sie gehörten zu einem Transport von 1500 Frauen, die in Auschwitz zum Arbeiten selektiert wurden und im Juli 1944 in Hamburg eintrafen.

Die Jüdinnen am Falkenbergsweg stammten fast alle aus der Tschechoslowakei. Karl-Heinz Schultz vom Freundeskreis KZ-Gedenkstätte Neuengamme berichtete aus dem Leben von Zuzana Glaserová, das im vorigen Jahr Schülerinnen des Neugrabener Gymnasiums erforscht hatten. Für sie wurde damals vor dem Haus, in dem sie arbeiten musste, ein Stolperstein verlegt. Ihre Stationen waren Prag, Theresienstadt, Auschwitz und Hamburg, dort zunächst im Freihafen am Dessauer Ufer und im September 1944 am Falkenbergsweg. Im Februar 1945 wurden die Frauen nach Hamburg-Tiefstack verlegt. Dort kam Zuzana Glaserová am 20. März bei einem Luftangriff ums Leben. Sie war erst 19 Jahre alt. Das KZ Neuengamme und die Hamburger Außenlager wurden dann evakuiert. Endstation für die Frauen war Bergen-Belsen, wo viele an Fleckfieber, Typhus und Hunger starben. Wie viele der 500 Frauen Bergen-Belsen überlebt haben, blieb bis heute unbekannt.

Einige der Frauen besuchten später Hamburg, einerseits Stätte des Grauens, andererseits der Erleichterung, denn sie waren Auschwitz entronnen. Ihre Erlebnisse sind im Video »Hamburg, das war die Wende« aufgezeichnet, das die KZ-Gedenkstätte Neuengamme anbietet.

hjm

Bergen-Belsen am 18. April

»Nichts ist vergessen und Niemand!«

Anlässlich des 65. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslager Bergen-Belsen gedenken wir am 18. April der über 20 000 sowjetischen Kriegsgefangenen, die hier unter menschenunwürdigen Bedingungen ihr Leben lassen mussten. Zum Schutz vor der Eiseskälte konnten sie sich nur in Erdhöhlen eingraben. Sie wurden ermordet oder starben elend an Hunger, Kälte und Seuchen.

Sowjetischer Soldatenfriedhof, Hörsten, 18. April, 13.30 Uhr

Sprechen werden **Mechthild Hartung**, VVN-BdA Nds. e.V., **Illia Riaboi**, Veteranenratvorsitzender Rote Armee, Hannover, **Bruno Mahlow**, VVN-BdA Berlin, **NN**, DGB Nord-Ost-Niedersachsen, **Jugendliche des Internationalen Workcamps Bergen-Belsen**
Rezitation: **Jörg Lorenz**
Musikalischer Beitrag: **Uwe Pitz** (Euphonium), **Maria Helmberger-Noss** (Gesang)

Es laden ein: **VVN-BdA Nds e.V. und DGB N-O-Nds.**

Gedenkzug erneut in Hannover

»Zug der Erinnerung« in erweiterter Form

Auch der zweite Aufenthalt des Zugs der Erinnerung in Hannover vom 8. bis 12. November war ein großer Erfolg. Rund 80 Schulklassen besuchten die Ausstellung.

In dem erweiterten Bereich »Schuld und Schulden« wurden dort an Beispielen die Einnahmen vorgerechnet, die der Reichsbahn durch die Transporte zufließen und die von den Deportierten aufzubringen waren. Grundlage dafür war ein jüngst erstelltes Gutachten, das im Zug vorgestellt wurde. Der bisherige Umgang der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Bahn als Rechtsnachfolgerin der Reichsbahn mit dieser Geschichte wird so noch einmal plastisch ins Bewusstsein gerufen.

Der letzte Teil der Ausstellung war wie immer örtlichen Initiativen vorbehalten. Auf mehreren Tafeln wurden hier Gedenkstätten in Hannover vorgestellt: Die Gedenkstätte Ahlem als Ort der wechselvollen Geschichte als Israelitische Gartenbauschule, Gestapo-Gefängnis und KZ; das Entbindungslager in Langenhagen-Godshorn, in dem rund 300 Säuglinge und Kleinkinder von Zwangsarbeiterinnen elend zugrunde gingen und der Bahnhof Fischerhof in Hannover-Linden, von dem aus von 1941 bis 1944 die Deportationszüge rollten.



Salomon Finkelstein (r.) bei der Eröffnung.

Bild: rwk

Die Ausstellung wurde von Sebastian Wertmüller (DGB-Regionvorsitzender) eröffnet. Er und nach ihm Hans-Rüdiger Minow

Lücken in Aufarbeitung

vom Verein Zug der Erinnerung wiesen nachdrücklich auf die absolut ungenügende geschichtliche Aufarbeitung der Problematik der Deportationen und die Frage der Opferentschädigung durch die offiziellen Stellen hin. Danach richtete Salomon Finkelstein als über-

lebender Zeitzeuge ergreifende Worte an die versammelten etwa 150 Zuhörer.

Auch diesmal umrahmte ein umfangreiches Begleitprogramm den Aufenthalt. Auch im Rahmen dieses Programms war das Auftreten von Salomon Finkelstein ein herausragendes Ereignis. Finkelstein, Jahrgang 1922, berichtete in der integrierten Gesamtschule Linden aus seinem Überleben im Ghetto von Lodz, in vielen Arbeitslagern, in Auschwitz, Mittelbau Dora, Ravensbrück und den dazwischen liegenden Todesmärschen. **rwk**

»Nur ein Schrei nach Liebe?«

13. Antifaschistische Sozialkonferenz

Die nun schon traditionelle Konferenz, die alljährlich in Hannover anlässlich des Jahrestags der Befreiung von Auschwitz 1945 und in Erinnerung an die Machtübergabe an Adolf Hitler 1933 durchgeführt wird, wandte sich diesmal dem jugendlichen Neofaschismus zu, seinen Ursachen, Szenen und Konzepten.

In seinem einleitenden Vortrag gab Michael Weiss vom Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum e.V. Berlin (APABIZ) unter dem Titel »Des Nazis neue Kleider« einen Überblick über Er-

scheinungsbilder extrem rechter Jugendgruppen. Er arbeitete heraus, dass es keine normierte rechte Szene mehr gibt, dass moderne Neonazis vielmehr erfolgreich versuchen, an verschiedene Jugendkulturen anzudocken, was sich zum Beispiel auch an der Übernahme von »linken« Gesten bei den Autonomen Nationalisten zeigt.

Aus einer geschlossenen Bewegung entwickelte sich mehr und mehr ein vielfältiges Netzwerk. Mit dem schwindenden Zwang zur Normierung änderte sich auch die soziale Zusammensetzung, was sich zum Beispiel in einem steigen-

den Frauenanteil zeige.

Die Möglichkeiten antirassistischer Fanprojekte untersuchte eine Gruppe unter dem Titel »Tatort

Für antirassistische Pädagogik

Stadion – Neonazis im Fußballstadion«. Die Leitung hatte Aljoscha Langfort vom Arbeitskreis »96 Fans gegen Rassismus«. Fazit im abschließenden Plenumsbericht: Die Prävention darf nicht erst da beginnen, wo für die Polizei Gewaltprävention beginnt.

Die »Grenzen und Perspektiven antirassistischer Pädagogik« sollten mit Professor Dr. Wolfram Stender von der Fachhochschule Hannover ausgelotet werden. Er schlug zunächst vor, den Versuch einer antirassistischen Pädagogik durch das Ziel einer »nichtrassistischen Praxis« zu ersetzen. Weiterhin setzte er sich dafür ein, den Blickwinkel von dem offenen Rassismus der extremen Rechten auf den »sekundären Rassismus« in der Mitte der Gesellschaft auszuweiten, dessen Vorurteile vorwiegend in kultureller Verbrämung transportiert würden. Er machte das an einer Filmsequenz deutlich, die er mit Zitaten des Bundesbankdirektors Thilo Sarrazin verglichen ließ. **rwk**

Geschafft: Kein KdF-Museum in Wolfsburg

Die Nachricht hatte im Sommer 2009 für helle Aufregung gesorgt: NPD-Vize Jürgen Rieger will in Wolfsburg in einem Möbelhaus ein »KdF-Museum«, benannt nach der NS-Aktion »Kraft durch Freude« für verdiente Faschisten, einrichten. Der »Schulterschluss Wolfsburger Demokraten« von IG Metall, DGB, Kirchen, Parteien und Initiativen unter Einfluß der VVN-BdA mobilisierte dagegen.



Junge TeilnehmerInnen der Mahnwache mit VVN-Plakaten. Bild: mecki

Der breite Protest äußerte sich in einer großen Demonstration im September, regelmäßigen Mahnwachen am Samstag in der Wolfsburger Innenstadt und in einer von mehr als tausend Bürgerinnen und Bürgern unterzeichneten Zeitungs-Anzeige: »Wir sind Wolfsburg. Bunt statt

Braun«. Auch der plötzliche Tod des Nazi-Anwaltes Rieger, der die Immobilie bereits angemietet hatte, half mit, die Pläne zu stoppen. Nun hat die Stadt Wolfsburg die Immobilie zum »normalen Verkehrswert« erworben. Noch in diesem Jahr sollen statt der Nazis ein Sozialkaufhaus und ein »Zentrum

für Demokratieförderung« einziehen. Das Zentrum soll von der renommierten Braunschweiger ARuG (Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt) betreut werden. Damit hat sich der Widerstand der Wolfsburger Bevölkerung echt gelohnt!

Alfred Hartung

Lob für Ausstellung zur Zwangsarbeit

Spurensuche in Südniedersachsen

Mitte Januar wurde in Göttingen die Ausstellung »Auf der Spur europäischer Zwangsarbeit – Südniedersachsen 1939-1945« eröffnet.

Die unermüdliche Arbeit von Historikern und Kulturwissenschaftlern brachte die Fakten vor allem aus dem Stadt- und Landkreis Göttingen und Northeim zutage. Erst als sich die Tatsachen nicht mehr unter der Decke halten ließen, un-

terstützten zunächst die Stadt Göttingen und dann auch die angesprochenen Landkreise diese Tätigkeit auch finanziell.

Schon seit langem hatten die Geschichtswerkstätten Göttingen und Duderstadt gefordert, mit den von ihnen gesammelten Dokumenten Dauerausstellungen einzurichten. Vor allem in Duderstadt, wo noch eine Originalbaracke, in der Zwangsarbeiter/innen untergebracht waren, erhalten war. Sie könnte diese Ausstellung beherbergen. Die Kreisverwaltung wiegelte ab, bis endlich der spätere Eigentümer die Baracke abreißen wollte. Er war jedoch bereit, Teile der Gebäude einer Arbeitsbeschaffungsgesellschaft zu überlassen, die diese einlagerte.

Wie das bei einer Eröffnungsveranstaltung ist, hat der Erfolg immer viele Väter; die örtlichen Politiker hatten vergessen, wie zögerlich sie zunächst handelten.

Den wirklichen Ausstellungsmacher/innen ist ein großes Lob auszusprechen. Ebenso sind die Zwangsarbeiter/innen aus Polen, den Niederlanden, Italien, Ungarn und der ehemaligen Sowjetunion zu erwähnen, die durch Interviews

zur Verdeutlichung beitrugen.

Betonen möchte ich jedoch, dass es auch eine lohnenswerte Aufgabe sein wird, politischen Druck für eine Dauerausstellung in der Region Südniedersachsen zu entwickeln.

Peter Dürrbeck

Betroffenheit im Landtag

Warnungen eines Überlebenden

Aus Anlass des 65. Jahrestags der Befreiung von Auschwitz durch die Rote Armee lud der Landtagspräsident zu einer Gedenkveranstaltung in den Landtag ein.

Im Zentrum standen die »Erinnerungen eines Überlebenden« von Salomon Finkelstein. In seiner unpathetischen Erzählweise berichtete er von seinen Leidenswegen von 1939 bis 1945, Zwangsarbeit, Ghettos, Auschwitz, Mittelbau Dora, und den Todesmärschen.

Eingeleitet hatte er seine Erinnerungen mit den sanft ironischen Worten, er sei nicht zu solch tiefen philosophischen Betrachtungen fähig. Zum Schluss erteilte er jedoch den versammelten Honoratioren und Offizieren noch eine Lektion in Geschichtsbewusstsein, indem er mit den Worten in die Runde blickte: »Ich sehe hier Wehrmacht!«

Danach erinnerte er mit wenigen Skizzen und einem ergreifenden Einzelschicksal an die verbrecherische Rolle der Wehrmacht bei den Judenverfolgungen und Massenmorden beim Überfall auf die Sowjetunion.

Reinhold Weismann-Kieser

Erzählen und Forschen in der Erinnerungswerkstatt Kriegskinder trafen sich in Hameln

Erzählen und Forschen in der Erinnerungswerkstatt. Dieser Aufgabe stellten sich Frauen und Männer, die den Zweiten Weltkrieg als Kinder oder Jugendliche erlebt haben. In regelmäßigen Abständen trafen sie sich über mehrere Monate, erinnerten sich, tauschten Erfahrungen aus und ließen sich auf Forschungsprozesse ein.

Wie lässt sich »große« Geschichte im Lebenslauf und in der Biografie von Kindern und der ihrer Familien wiederfinden? Wie bewältigten Kinder (und Erwachsene) das Verstecken vor dem Verfolger, Sterben, Hunger, auf der Flucht oder Flüchtling in der

Fremde zu sein oder die Rückkehr des Vaters? Welche Ressourcen und soziale Hilfen zur Bewältigung standen zur Verfügung?

Welche »Lehren« haben die Befragten aus ihren Kindheits- und Jugenderfahrungen für sich selbst gezogen? Was haben sie an die kommende Generation weitergegeben bzw. was wollten sie weitergeben? Als Referent wurde Werner Siepmann gewonnen, er erzählt seine Lebensgeschichte nach 1945.

**Donnerstag, 25. März, 19 Uhr,
Sumpflume, Kleiner Veranstaltungssaal, Stockhof 2a, Hameln**

Artikel für die **antifa**-Niedersachsen-Seiten bitte bis zum 8. des Monats in geraden Monaten an mtb-niedersachsen@vvn-bda.de.

VVN-BdA
Landesvereinigung Niedersachsen
Rolandstraße 16, 30161 Hannover,
Tel.: (0511) 331136
Fax: (0511) 3360221
E-Mail: niedersachsen@vvn-bda.de.

Das Büro ist i. d. R. Montag bis Freitag von 10.00 bis 16.00 Uhr besetzt.

Wenn Ihr weiterhin Informationen der VVN-BdA erhalten wollt, teilt uns bitte nach einem Umzug o. ä. Eure neue Adresse mit. Danke!

Die Landesvereinigung freut sich über Spenden für ihre Arbeit auf das Konto 7510-307 bei der Postbank Hannover, BLZ 250 100 30.

Lagerdokumente für Heimatgeschichte

Lesung aus Häftlingsbriefen im Zschopauer Schloss

Knapp 100 Besucher haben am 27. Januar aus Anlass des Gedenktages an die Opfer des Nationalsozialismus im Zschopauer Schloss Wildeck eine Lesung mit Literaturwissenschaftler Pascal Cziborra verfolgt. Der Holocaustforscher stellte seine Bücher vor, die er über die Außenlager Zschopau, Venusberg und Willichthal des KZ Flossenbürg verfasste. Musik kam vom Klaviertrio aus Annaberg-Buchholz und der Yankele-Kapelle aus Chemnitz.

Häftlingsberichte, Vernehmungprotokolle und Firmenakten hat Pascal Cziborra ausgewertet und in seinen Büchern verarbeitet. Der Autor gab in seiner Lesung einen Überblick über die Lager, veranschaulichte dies durch historische Fotos und neuere Aufnahmen und zitierte die überlebenden Frauen.



Pascal Cziborra aus Chemnitz während der Buchlesung.

Jüdische Frauen wurden Ende 1944 und Anfang 1945 in die Außenlager gebracht, um sie in Firmen wie DKW in Zschopau, DKK in Willichthal und den Venuswer-

ken für Junkers in Venusberg schuften zu lassen. In den Schilderungen wurde die Verzweiflung, aber auch die Menschlichkeit und Solidarität unter den Häftlingen

deutlich. Als »mutige Tat, die schwer wiegende Folgen hätte haben können«, bezeichnete Pascal Ciborra den Beschwerdebrief des Werksdirektors der Spinnerei in Venusberg, in dem dieser die Behandlung der jüdischen Frauen anprangerte.

Initiatorin der Veranstaltung war Sophia Hofmann, nachdem ihr vor zwei Jahren zufällig das Buch über das KZ-Außenlager Venusberg in die Hände fiel. »Erst durch das Buch wurde mir deutlich, was früher in meinem Heimatort geschehen ist – und wie wenig wir auch in der DDR darüber wussten.«

»Dem Anlass angemessen« fand auch Besucherin Claudia Naupert die Gedenkveranstaltung. »Es ist ungeheuer wichtig, dass dieser Teil unserer Geschichte aufgearbeitet wird und die Geschehnisse nicht in Vergessenheit geraten«, sagte die Gelenauerin. **Dirk Trautmann**

Eine Lücke wird nicht hingegenommen

Atlas zur Geschichte Sachsens darf NS-Zeit nicht ausklammern

Seit vier Jahren wird am »Atlas zur Geschichte und Landeskunde von Sachsen« gearbeitet, zu einem Drittel ist er fertig gestellt. Jetzt entdeckte Historiker Hans Brenner aus Zschopau eine fatale Lücke: Die faschistische Diktatur war mit keiner Silbe erwähnt. Verantwortlich ist die Sächsische Akademie der Wissenschaften, die 125 Karten über die geschichtliche Entwicklung des Freistaates von seiner Entstehung bis zur Gegenwart herausgeben will – mit einer Lücke.

Brenners erste Interventionen stießen ins Leere. Er scharte eine Gruppe von Heimathistorikern um sich, die sich das Ziel setzten, diese Lücke auszufüllen und in ehrenamtlicher Arbeit die fehlende 126. Karte zu erarbeiten. Die Historikergemeinschaft erarbeitete sich ein Konzept, was diese Karte abbilden sollte und welche Arbeitsschritte nötig sind. Das Projekt mit dem Titel »Die terroristische Herrschaft der Nationalsozialisten in Sachsen 1933 - 1945« will die Verfolgung, Verurteilung und Ermordung von Nazigegnern dokumentieren, die Verfolgung, Deportation und Vernichtung der Juden sowie Sinti und Roma darstellen, Das System der Konzentrationslager samt Außenstellen aufzeigen und schließlich Auskunft geben über die so genannten Todesmärsche in den letzten Kriegsmontaten 1945.

Anfang Januar trafen sich im PolitikKontor Zwickau ein gutes Dutzend Heimathistoriker, die Regionalgruppe Chemnitz-Erzgebirge-Vogtland, um über den Stand des Kartenwerkes zu beraten. Der Einführungsvortrag von Dr. Brenner machte deutlich, dass schon ein großes Arbeitspensum geleistet wurde. In Fortschreibung der Arbeitskonzeption von 2007 sollen nun drei zusammengehörige Karten entstehen. Zahlreiche Archivalien, vor allem in Chemnitz, Dresden und Leipzig, wurden schon gesichtet und erfasst. Die Ergebnisse der Forschungen sind auf die bis 1952 existierenden

Amtshauptmannschaften/Landkreise aufzugliedern. Dabei fehlt es jedoch an ortskundigen Mitarbeitern vor allem in den Gebieten Aue-Schwarzenberg, Glauchau, Stollberg, Annaberg und Zwickau Neben den Archivstudien sollten auch Literaturlisten über Publikationen entstehen, die alle einschlägigen Erscheinungen seit 1945/46 aufführen sollen.

In der Diskussion wurde mehrfach auf die intensiven Forschungen zur Geschichte der NS-Zeit in der DDR verwiesen, die jedoch auch Mängel und Lücken aufwies. So zum Beispiel gab es keine Publikation über die Verfolgung der Zeugen Jehovas, die ja auch Opfer des Faschismus waren, oder es wurden NS-Verfolgte aus den entsprechenden Listen gestrichen, weil sie sich moralisch oder politisch unkorrekt verhielten.

Der Vorsitzende des Kreisverbandes Zwickau der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten, Günter Weigel, schilderte als Gastgeber die Situation im Zwickauer Raum

und beklagte den personellen Engpass seiner Organisation. Nur eine VVN-Kameradin, die etwas jünger ist, aber auch noch einer Beschäftigung nachgeht, könne am Projekt mitarbeiten. Trotz des hohen Alters der VVN-Mitglieder gibt es von seiner Kreisorganisation immer wieder Aktivitäten und Denkanstöße. Nicht befriedigen kann die Zusammenarbeit mit der LINKEN, von den anderen Parteien ganz zu schweigen.

Die Beratung endete mit der Hoffnung auf eine weitere intensive Arbeit an diesem Kartenprojekt und dem Aufruf vor allem an die Zwickauer, dieses Vorhaben durch aktive Teilnahme zu unterstützen. Kontakt kann über den Landesprecher der VVN-BdA Sachsen, Peter Giersich, Telefon (03744) 80883, hergestellt werden.

Peter Giersich

V.i.S.d.P: Peter Giersich
Redaktion: Landesvorstand Sachsen
Zuschriften bitte an
VVN-BdA Sachsen
Wettiner Platz 10
01067 Dresden
E-Mail: vvn-bda-sachsen@t-online.de